



Neue Entwicklungen im Rechtsextremismus

2. Extremismus-Symposium
am 16. September 2009 in Hannover
- Tagungsdokumentation -



Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Hans-Werner Wargel 4

Rechtsextremismus als Herausforderung für die Demokratie

Uwe Schünemann 6

Neue Erscheinungsformen im Rechtsextremismus

Wolfgang Freter 13

Oliver Decker..... 23

Globalisierung, Wirtschaftskrise und Rechtsextremismus

Christoph Butterwegge..... 38

Uwe Backes 47

Zwischen Provokation und „Bürgernähe“ - Die NPD und die Strategie zur Erringung der kulturellen Hegemonie

Mathias Brodkorb 61

Dem Rechtsextremismus entgegentreten

Maren Brandenburger..... 70

Hinweise zu den Autorinnen und Autoren..... 75

Vorwort

*Hans-Werner Wargel
Präsident des Niedersächsischen
Verfassungsschutzes*



Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist eine wesentliche politische Aufgabe für die Niedersächsische Landesregierung. Auch wenn sein Gesamtpotential leicht zurückgegangen ist (Verfassungsschutzbericht 2009), so erfordert der Rechtsextremismus nach wie vor besondere Aufmerksamkeit.

Erscheinungsbild und Strategie des Rechtsextremismus haben sich gewandelt. „Autonome Nationalisten“ sind ein neues Phänomen, das in Auftritt und Sprache an Jugendkulturen anknüpft. Rechtsextremistische Propaganda erschöpft sich nicht mehr in der Verherrlichung des Dritten Reiches. Vielmehr versuchen Rechtsextremisten neue Themenfelder, wie z. B. die Wirtschafts- und Sozialpolitik, aufzugreifen um sich mit gezielter Werbung an junge Menschen zu richten und sie für ihre Ziele zu gewinnen. Darüber hinaus gibt es Bemühungen, junge Frauen in rechtsextremistische Organisationen vermehrt einzubinden.

Vor allem das Internet dient Rechtsextremisten sowohl als modernes Kommunikationsmittel als auch als ein Instrument zur Anwerbung junger Menschen. Rechtsextremisten sind im Internet als virtuelle Rattenfänger unterwegs, um mit allen Tricks Jugendliche für ihre menschenverachtenden Ideen zu gewinnen.

Die NPD empfiehlt ihren Mitgliedern und Sympathisanten, sich gerade in die von Jugendlichen viel genutzten sozialen Netzwerke des Web 2.0 einzuschleichen. Dabei solle „nicht so offen unter NPD“ agiert werden. Vielmehr solle man so tun, als sei man „ein Mensch mit Humor, Beruf, Hobbys, ernstzunehmenden Interessen, Literatur- und Musikgeschmack“. Sie ruft dazu auf: „Raus in den Kampf mit modernen Kommunikationsmitteln!“ Inzwischen sind mehr als 1.000 deutschsprachige Web-Seiten mit rechtsextremen Inhalten verfügbar.

Niedersachsen legt bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus, neben einer konsequenten Strafverfolgung und einer effektiven Gefahrenabwehr großen Wert auf Prävention. Kinder und Jugendliche müssen fit gemacht werden für das Internet. Sie müssen wissen, was Ihnen auf Plattformen wie YouTube, SchülerVZ oder Facebook begegnen kann.

Die Landesregierung hat zahlreiche Maßnahmen mit dem Ziel der Prävention weiter geführt und neue Ansätze auf den Weg gebracht. So werden Multiplikatoren über rechtsextreme Internetstrategien geschult. Die Niedersächsische Extremismus-Informations-Stelle (NEIS) beim Verfassungsschutz zeigt die Wanderausstellung „Demokratie schützen – Verfassungsschutz gegen Extremismus“. An 45 Orten wurde diese Ausstellung bislang von mehr als 26.000 Schülerinnen und Schülern besucht. Hinzu kommen Lehrerfortbildungen und Vorträge über den Rechtsextremismus sowie die Beratung von Kommunen. Mit dem neuen Programm „Aktion Neustart“ will der Verfassungsschutz die „AussteigerhilfeRechts“ des Justizministeriums ergänzen, indem nicht nur straffällig gewordenen Rechtsextremisten eine Ausstiegsperspektive eröffnet werden soll.

Mit dem 2. Extremismus-Symposium hat der Niedersächsische Verfassungsschutz die von meinem Vorgänger Günter Heiß begonnene Reihe von Symposien fortgesetzt, um neue Entwicklungen im Rechtsextremismus zu beleuchten und aus unterschiedlichen Perspektiven zu diskutieren.

Innenminister Uwe Schönemann hebt in seiner Einführung hervor, dass in der Bekämpfung des Rechtsextremismus nicht nachgelassen werden darf. Wolfgang Freter zeigt den Wandel rechtsextremer Themenfelder und Propagandastrategien auf. Daran anknüpfend arbeitet Oliver Decker heraus, inwieweit Rechtsextremisten fremdenfeindliche Einstellungen „aus der Mitte der Gesellschaft“ aufgreifen und hiervon profitieren. Christoph Butterwege und Uwe Backes machen deutlich, in welcher Weise Globalisierung und Wirtschaftskrise von Rechtsextremisten aufgegriffen werden. Mathias Brodtkorb erläutert vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen aus Mecklenburg-Vorpommern die Versuche der NPD, sich „bürgernah“ zu geben. Maren Brandenburger vermittelt Erfahrungen aus der Präventionsarbeit und betont die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Demokratieerziehung vor allem von jungen Menschen.

Somit gibt dieser Tagungsband nicht nur einen Einblick in die neuen Entwicklungen innerhalb der rechtsextremistischen Szene, sondern zeigt auch Wege auf, wie dem Rechtsextremismus zu begegnen ist.



Rechtsextremismus als Herausforderung für die Demokratie

Uwe Schünemann

Sehr geehrter Herr Präsident Heiß,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich freue mich sehr, dass auch das 2. Extremismussymposium des Niedersächsischen Verfassungsschutzes so viel Interesse findet.

Im Mai haben wir diese neue Veranstaltungsreihe mit dem Thema Linksextremismus begonnen. Anerkannte Fachleute aus ganz Deutschland diskutierten in sehr sachlicher Weise die Gefahren, die vom Linksextremismus ausgehen. Es waren sehr anregende und auch kontroverse Diskussionen. Sie haben vor allem gezeigt, wie wichtig es ist, sich mit dem Extremismus in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen, seinen Strategien und Taktiken auseinanderzusetzen. Ich habe mich gefreut, dass jenes 1. Extremismus-Symposium von Fachleuten als ein Beispiel guter politischer Bildung bezeichnet wurde.

Meine Damen und Herren,
diesem hohen Anspruch wollen wir natürlich auch heute wieder gerecht werden. Wir wollen informieren, aufklären und diskutieren. Wir wollen mit diesem Symposium aber auch zeigen: Verfassungsschutz ist nicht etwas, was sich nur im Verborgenen abspielt. Der Verfassungsschutz ist ein Frühwarnsystem unserer wehrhaften Demokratie. Dafür sammelt er Erkenntnisse, auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln, zu extremistischen Bestrebungen.

Aber er sammelt diese Erkenntnisse nicht für sich selbst, sondern auch mit dem Ziel, die Öffentlichkeit über Entwicklungen aufzuklären, die gegen unsere freiheitliche Grundordnung gerichtet sind. Denn es ist letztlich die Öffentlichkeit als Bürgerschaft selbst, die die Demokratie vor ihren Feinden schützen kann und muss. Die Institution Verfassungsschutz kann und soll sie dabei durch Aufklärung unterstützen.



Und deshalb sage ich: Öffentlichkeitsarbeit - wie z. B. in Form von Veranstaltungen wie dieser - ist eine Kernaufgabe des Verfassungsschutzes. Sie wird auch in Zukunft eine zentrale Rolle spielen. Um dies auch nach außen sichtbar zu machen, haben wir vor kurzem die Niedersächsische Extremismus- Informations-Stelle – NEIS ins Leben gerufen. NEIS soll unsere Aktivitäten in der Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit bündeln und verstärken.

NEIS soll eine Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger, für die Institutionen, Initiativen, Verbände und Kommunen zu allen Fragen des Extremismus sein. NEIS versteht sich ausdrücklich als Partner und Ergänzung von so wichtigen Einrichtungen wie z. B. dem Landespräventionsrat, der Arbeitsstelle gegen Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG), der AussteigerhilfeRechts oder der Landesstelle Jugendschutz und der Präventionsarbeit der Polizei.

Diesen Einrichtungen möchte ich an dieser Stelle ganz ausdrücklich für ihre engagierte und wertvolle Arbeit Dank sagen. Bitte halten Sie auch in Zukunft an Ihrem Engagement fest. Wir werden Sie dabei nach Kräften unterstützen.

Meine Damen und Herren!

Vor nicht einmal drei Wochen haben uns die Ergebnisse der Landtagswahlen wieder einmal aufhorchen lassen: In Thüringen verpasste die NPD nur knapp den Einzug in den Landtag. In Sachsen zog sie sogar zum zweiten Mal in Folge in das Landesparlament ein. In beiden Ländern haben wir im Wahlkampf erlebt, in welcher Weise die NPD dort versucht hat, neue Wege zu gehen. Die NPD will sich einen bürgerlichen Anstrich geben und den Eindruck einer „normalen“ Partei erwecken. Am Ende ist sie allerdings doch wieder auf die alten ausländerfeindlichen Hetz-Parolen zurückgefallen.

Jedenfalls hatte sie einigen Erfolg. Vor allem in ländlichen Regionen - in der Lausitz, der Sächsischen Schweiz, dem Erzgebirge und im Leipziger Umland - gibt es Gemeinden, in denen bis zu 20 Prozent der Bürger NPD gewählt haben. Und das tun sie stabil seit zehn Jahren.

Überdies sind Mitglieder der Partei dort in Sportvereinen und Freiwilligen Feuerwehren präsent, wirken als ehrenamtliche Schöffen und haben Mandate in Kreistagen und Gemeinderäten. So gewinnt die NPD vielerorts gesellschaftliches Ansehen und tritt immer selbstbewusster auf. Über dem Oschatzer Marktplatz ließ die NPD eine Propellermaschine kreisen, die ein Banner hinter sich herzog mit der Parole „Wählt NPD“. Mitten am Markttag. Mit solcher Präsenz stärkt die Partei das Selbstbewusstsein ihrer Wähler und der lokalen Funktionäre. Sie besuchte sogar Handwerksbetriebe, um

Spenden zu sammeln. Mit Verteilaktionen ihrer so genannten Schulhof-CD umwarb sie die Jugendlichen.

Auch wenn der „bürgerliche Anstrich“ nicht bis zum Ende des Wahlkampfes gehalten hat, so sind Thüringen und Sachsen Beispiele für die moderne Taktik dieser Partei, die unter einem Denkmantel gezielt versucht, kleinbürgerliche Milieus anzusprechen und dort Zustimmung zu erlangen. Mittlerweile stößt der Rechtsextremismus selbst bei gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern in den neuen Ländern auf erhebliche Resonanz. Dabei gibt sich die NPD oftmals das Image eines „Kümmerers“, der sich insbesondere der sozialen Sorgen der Menschen annimmt.

Längst geht es den Rechtsextremisten nicht nur um einen simplen Deutsch-Nationalismus, um eine Revision von Grenzen, um die Umdeutung der Geschichte oder gar um die Verherrlichung der Nazi-Herrschaft. Hartz IV, Arbeitslosigkeit, Globalisierung – über diese „modernen“ Themen versuchen Rechtsextremisten, sich als Trittbrettfahrer der sozialen Frage zu etablieren.

Das zeigt wie wichtig Aufklärung ist, wie wichtig es immer wieder ist, die Strategie von Extremisten deutlich zu machen. Denn hinter einer harmlos erscheinenden Fassade verfolgen sie weiterhin ihre freiheitsfeindlichen und menschenverachtenden Ziele.

Denn nach wie vor will die NPD

- ein völkisches Gemeinwesen, in dem keiner etwas zu suchen hat, der nicht deutschstämmig ist;
- eine reglementierte planmäßige „raumorientierte Volkswirtschaft“;
- ein nationales Mediensystem, das ausschließlich der ideologischen Verfestigung dient;
- den Austritt aus EU und NATO;
- die Wiederherstellung eines Deutschen Reiches in seinen früheren Grenzen;
- die Umdeutung der deutschen Geschichte durch Leugnen oder gar Verherrlichen der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen.

„Wahlen und Parlamente“, so schreibt Olaf Sundermeyer in der FAZ, „dienen der NPD bloß als Vehikel. Dort sammelt sie Geld und Erfahrung im Missbrauch der Demokratie.“

Wir sehen also:

Die Taktik hat sich verfeinert, ist moderner geworden. Aber hinter dem Verzicht auf ein altbackenes, reaktionär-nationalistisches Erscheinungsbild tritt

eine neonazistische Fratze hervor, offen rassistisch und gegen die Grundwerte zivilisierter Gesellschaften gerichtet.

Die Partei liefert allerdings kein geschlossenes Bild. Sie ist innerlich zerrissen zwischen alten und jungen Funktionären, zwischen NS-Nostalgikern und „Modernisierern“. Das Parteileben ist geprägt von gegenseitigen Feindschaften, persönlichen Animositäten, wilden Intrigen und chronischen Finanznöten.

Dennoch: Wir müssen wachsam sein und alles dafür tun, dass sich die Partei nicht zu einem regionalen Machtfaktor entwickelt, so wie in der ostdeutschen Provinz. Damit ist in Niedersachsen gegenwärtig nicht zu rechnen.

In Niedersachsen hatte die NPD Ende 2008 noch etwa 600 Mitglieder – mittlerweile dürften es einige weniger sein. Hinzu kommen noch die zumeist inaktiven Mitglieder der Deutschen Volksunion – DVU, ebenfalls rund 600.

Allerdings gibt es zahlreiche Überschneidungen mit der Neonazi-Szene, der wir etwa 355 Personen zurechnen. Diese Szene findet sich in Kameradschaften zusammen oder sie nennen sich „autonome Nationalisten“. Von diesen Autonomen haben wir ca. 40 Personen in Niedersachsen. Jedoch reisen zu Aktionen viele aus Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern an. Das haben wir zuletzt in Bad Nenndorf gesehen. Zu den Rechtsextremisten rechnen wir außerdem noch rund 870 Personen aus dem Skinheadbereich hinzu.

Trotz dieser Differenzierung innerhalb des Rechtsextremismus gelingt es der NPD immer wieder, Motor und Zentrum eines Bündnisses von ewig Gestrigen, neonazistischen „Kameradschaften“ und autonomen Kräften zu sein. Diese Herausforderung müssen wir sehr ernst nehmen. Jedoch dürfen wir auch angesichts des „modernisierten“ Rechtsextremismus nicht zu falschen Schlüssen kommen. Wahlerfolge in einigen östlichen Bundesländern zwischen fünf und zehn Prozent sind ein Alarmsignal.

Aber eine fragile Struktur von rund 7.000 NPD-Mitgliedern in ganz Deutschland kann eine stabile Demokratie von 80 Mio. Einwohnern nicht aus den Angeln heben. Politische Hysterie und sensationsorientierte Verzerrung in den Medien führen zur Überbewertung und damit zur Fehleinschätzung.

Richtig ist: Wir haben mit dem modernisierten Rechtsextremismus ein Problem. Dies ergibt sich aus dem messbaren Zuspruch gerade jüngerer Wähler zu einer Partei, die von Neonazis beeinflusst ist und einen Knotenpunkt in der rechtsextremen Szene darstellt. Wir können dieses Problem nicht durch

ignorieren lösen. Aber auch nicht durch Rituale symbolischer Betroffenheitspolitik.

Ich bin durchaus für ein Verbot der NPD. Aber dann muss klar sein, dass ein solcher Antrag nicht erneut vor dem Verfassungsgericht scheidert. Die Hürden für ein neuerliches Verbotverfahren sind hoch. Die Bedingung, zuvor die V-Leute aus den Vorständen der Partei abzuziehen, halte ich für nicht sachgerecht. Dies würde bedeuten, zuverlässige Informationsquellen voraussichtlich für Jahre „abzuschalten“. Das hielte ich nicht zuletzt aufgrund der Verflechtung von NPD und neonazistischer, insbesondere der gewaltbereiten Szene für fatal. Es ist aus meiner Sicht völlig falsch, blinde Flecken bei der Beobachtung der rechtsextremen Szene zuzulassen. Ein Verzicht auf zuverlässige Informationen ist mit den allermeisten Innenministern nicht zu machen, mit mir schon gar nicht.

Ich sage aber auch: Die Tatsache, dass 40 Prozent der Parteifinanzierung der NPD aus Steuergeldern erfolgt, lässt mich nicht in Ruhe. Deshalb habe ich Vorschläge gemacht, wie das zu ändern ist. Darüber werden wir auch hier sprechen können. Die Innenminister haben verabredet, darüber nach der Bundestagswahl in Ruhe zu reden.

Eines ist klar: Der Staat muss repressive Härte zeigen, wo es das Gesetz fordert. Gewalt, Ausländerfeindlichkeit und Volksverhetzung sind nicht hinzunehmen. Hier müssen unsere Sicherheitsbehörden konsequent eingreifen – und das tun sie auch!

Aber ebenso notwendig ist es, dass sich die freiheitliche Demokratie selbstbewusst und mit der Kraft der besseren Argumente der extremistischen Herausforderung stellt. Der Kampf gegen Extremismus beginnt in den Köpfen. Es gilt vor allem, geistige Brandstifter inhaltlich zu entlarven. Politische Bildung und Maßnahmen der aufklärenden Prävention sind wesentliche Mittel einer wehrhaften Demokratie in der Auseinandersetzung mit Extremisten. Der Niedersächsische Verfassungsschutz ist gerade auch in dieser Hinsicht sehr gut aufgestellt. Unsere Präventionsarbeit gilt seit Jahren als beispielhaft.

Das zeigt sich nicht zuletzt, wenn es darum geht, den Kommunen zur Seite zu stehen. Ob in Hannover vor wenigen Tagen, ob in Faßberg oder Bad Nenndorf - wir haben an verschiedenen Orten in Niedersachsen in diesem Jahr gesehen, dass Rechtsextremisten uns mit ihren Aktionen herausfordern wollen.

Ich bin dankbar für die zahlreichen Bündnisse und Initiativen der Bürgerinnen und Bürger gegen Rechtsextremismus. Allen Ortes gibt es ein großartiges demokratisches Engagement. Und ich weiß, welche erstklassige Arbeit unsere Sicherheitskräfte bei Polizei und Verfassungsschutz leisten. Weil aber die Rechtsextremisten neue Wege gehen, antworten auch wir mit neuen Methoden.

Unsere Beratung für Kommunen – auch bei NEIS angesiedelt – wird in ganz Niedersachsen von zahlreichen Städten und Gemeinden angenommen. Dabei geht es darum, wie man sich vor Ort wehren kann.

Eine hervorragende Arbeit leistet auch der Beauftragte für Immobiliengeschäfte mit rechtsextremistischem Hintergrund. Ob beim Heisenhof in Dörverden oder beim Hotel Gerhus in Faßberg oder beim „Museum“ in Wolfsburg – dieser Beauftragte hilft wirksam mit, die Pläne der Neo-Nazis zu durchkreuzen und zu vereiteln. Faßberg ist zur Zeit sicherlich die größte Herausforderung, vor der wir uns gestellt sehen.

Ich bin dankbar, dass Herr Mathias Brodkorb als Abgeordneter des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern uns sozusagen aus erster Hand über seine Erfahrungen auch mit der NPD-Landtagsfraktion in Schwerin berichten wird. Er gilt als scharfsinniger Beobachter und Kenner der rechtsextremen Szene, vor allem in Ostdeutschland.

Überdies freue ich mich sehr, dass wir mit Herrn Stephan Kramer, dem Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland, einen ebenso profilierten wie prononcierten Diskutanten in der Frage des Umgangs mit der NPD gewinnen konnten. Wie sich der Rechtsextremismus wandelt, wird am neuen Erscheinungsbild bei einem Teil der Szene deutlich erkennbar. Seit einigen Jahren beobachten wir das vor allem am Phänomen der Autonomen Nationalisten. Sie sind linksextremistischen Autonomen oftmals zum Verwechseln ähnlich.

Herr Wolfgang Freter, ein exzellenter Kenner der Szene und Mitarbeiter unseres Verfassungsschutzes, sowie Dr. Oliver Decker von der Universität Leipzig werden aufzeigen, in welcher Weise Autonome Nationalisten und Kameradschaften versuchen an Boden zu gewinnen. Sie werden uns auch zeigen, wie sehr Rechtsextremisten es verstehen, auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren und sich anzupassen.

Professor Christoph Butterwege aus Köln und Professor Uwe Backes aus Dresden sind prominente Vertreter der deutschen Extremismusforschung. Sie werden jeweils aus ihrer Perspektive deutlich machen, in welcher Weise

Rechtsextremisten versuchen, neue Themen aufzugreifen, um alte Ziele zu verwirklichen.

Wir werden dieses Symposium mit einer Podiumsdiskussion beenden, in der wir darüber sprechen wollen, wie dem Rechtsextremismus am besten begegnet werden kann. Einführend wird dazu Frau Maren Brandenburger vom Niedersächsischen Verfassungsschutz über ihre Erfahrungen aus der Präventionsarbeit berichten.

Solch ein Symposium lebt natürlich ganz wesentlich auch von den Beiträgen seiner Teilnehmer. Deshalb darf ich Sie schon jetzt ermuntern, sich an den Gesprächen und Diskussionen zu beteiligen. Wir werden die Vorträge der Referenten in einer Broschüre dokumentieren, um somit auch einen größeren Kreis von Interessierten zu erreichen.

Ich hoffe, dass wir auch mit dieser Tagung einen aktiven Beitrag leisten können, den antiextremistischen Konsens im 60. Jahr unseres Grundgesetzes und unserer Bundesrepublik Deutschland zu stärken.

Ich wünsche Ihnen, dass Sie von hier wichtige Anregungen mitnehmen können, die Ihnen helfen, sich mit dem Rechtsextremismus in unserem Land erfolgreich auseinanderzusetzen und für die Bewahrung der Demokratie zu streiten.



Neue Erscheinungsformen im Rechtsextremismus

Wolfgang Freter

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor drei Jahren führte der niedersächsische Verfassungsschutz seine letzte Fachtagung zum Thema Rechtsextremismus durch. Wir vermeldeten damals für die drei wichtigsten Bereiche des Rechtsextremismus folgendes Personenpotential: 7000 NPD-Mitglieder, 4200 Kameradschaftsangehörige und 10.400 Rechtsextremisten, die wir der subkulturellen bzw. der gewaltbereiten Szene zurechneten. Die heutigen Zahlen lauten 7.000 NPD-Mitglieder, 4.800 Kameradschaftsangehörige und 9.500 gewaltbereite Rechtsextremisten.

Auf Landesebene weisen wir im Jahresbericht 2008 600 NPD-Mitglieder (gegenüber 630), 355 Kameradschaftsangehörige (gegenüber 350) und 870 gewaltbereite Rechtsextremisten (gegenüber 925) aus.

Auf den ersten Blick hat sich also wenig verändert. Ein solches Urteil wäre jedoch vorschnell und vordergründig. Rein quantitative Angaben verstellen den Blick auf ideologische und strategische Anpassungsprozesse, mit denen Rechtsextremisten auf die sich ändernden politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen reagieren. Hinzu kommt, dass das von den Verfassungsschutzbehörden ausgewiesene rechtsextremistische Personenpotential die Reichweite etwa der rechtsextremistischen Musik oder der rechtsextremistischen Internetauftritte nicht annähernd widerspiegeln kann.

Dies vorausgeschickt, möchte ich mich folgenden Erscheinungen und Entwicklungen intensiver widmen: den Autonomen Nationalisten, der Etablierung der NPD als Wahlpartei im Osten, der sich zu einer organisationsübergreifenden Klammer entwickelnden Islamfeindlichkeit und den Internetauftritten von Rechtsextremisten. Ergänzen möchte ich meine Ausführungen um einige kritische Anmerkungen zum medialen Umgang mit dem Rechtsextremismus. Dabei sollen die häufig zu hörenden Aussagen, der Rechtsextremismus befände sich auf dem Weg in die Mitte, bzw. Rechtsextremisten präsentierten sich mittlerweile im Nadelstreifenanzug, beleuchtet werden.



Autonome Nationalisten

Wegen ihres martialischen Auftretens und ihrer Gewaltbereitschaft sind die Autonomen Nationalisten spätestens seit der Demonstration in Hamburg am 1. Mai 2008 in den Blickpunkt der öffentlichen Wahrnehmung gerückt. Die Autonomen Nationalisten grenzen sich bewusst von einer Vereinnahmung durch die Volksfrontstrategie der NPD ab. Im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stehen die Agitationsformen, weniger die Ideologie. Nationalrevolutionäre Bekenntnisse bleiben phrasenhaft, allenfalls kann man von Ideologiefragmenten sprechen. Zu den Kennzeichen der Autonomen Nationalisten gehören militante Kampfformen (Schwarzer Block), ein modernes Outfit, Anlehnung an linke Symbolik und die für Rechtsextremisten eigentlich untypische Verwendung von Anglizismen. Bei Demonstrationen agieren Autonome Nationalisten ausgesprochen militant. Sie suchen die gezielte Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, der Polizei und Vertretern der Medien.

Das Phänomen der Autonomen Nationalisten kann als ein Beispiel für die Wandlungs- und Modernisierungsfähigkeit des Rechtsextremismus gelten. Autonome Nationalisten sprechen einen anderen Kreis von Jugendlichen an als die herkömmlichen Formen des Rechtsextremismus. Vereinfacht gesagt handelt es sich um aktionsorientierte, aber gleichwohl fremdenfeindlich ausgerichtete Jugendliche, die etwas erleben wollen.

Der Anteil der Autonomen Nationalisten an der Neonazi-Szene wird auf etwa 10 % geschätzt. Somit können dem engeren Kreis der Autonomen Nationalisten 400-500 Personen zugerechnet werden, in Niedersachsen etwa 40-50. Schwerpunkte sind Nordrhein-Westfalen und Berlin, in Niedersachsen der nordwestliche Landesteil (Delmenhorst). Zu beachten ist aber, dass das Beispiel der Autonomen Nationalisten über diesen engeren Bereich hinaus auf andere Jugendliche ausstrahlt, die sich den für sie attraktiven Agitationsformen, insbesondere dem Schwarzen Block, anschließen. Die nicht eben leichte Abgrenzbarkeit wiederum erschwert die Einschätzung des Phänomens der Autonomen Nationalisten. Divergenzen in der Beurteilung des Phänomens sind die Folge.

Für die Präventionsarbeit gilt festzuhalten, dass Abgrenzungen zwischen Subkulturen an Eindeutigkeit verlieren. Aus einer umfangreichen, nicht zuletzt über das Internet vermittelten Angebotspalette an Symbolen und Aktionsformen basteln sich Jugendliche gleichsam patchworkartig ein politisches Identifikationsmuster.

Die NPD als Wahlpartei

Der NPD ist es mittlerweile gelungen, ihren Wahlerfolg in Sachsen zu wiederholen und erneut in den sächsischen Landtag einzuziehen. Seit 2008 gehören außerdem NPD-Abgeordnete dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern an. Ähnliche Erfolge blieben der NPD im Westen der Republik bislang verwehrt. Erfolg und öffentliche Präsenz des Rechtsextremismus gestalten sich regionalspezifisch zwischen Ost und West also sehr unterschiedlich. Auf die evidenten Differenzen muss hingewiesen werden, wenn nach Erklärungen für das Entstehen und die Verbreitung rechtsextremistischer Orientierung gesucht wird, auch wenn ich pflichtschuldigst hinzufügen möchte, dass die Bürger in Ost und West sich in Hinsicht auf fremdenfeindliche Einstellungsmuster nicht signifikant voneinander unterscheiden.

Die Orientierung der NPD auf Wahlen hat eine Ausweitung ihrer politischen Themenbandbreite zur Folge. Als Partei mit dem erklärten Anspruch, in weitere Landtage und Kommunalparlamente einzuziehen, muss sie sich auch zu wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen äußern. In Wahlkämpfen bedient sie demzufolge die komplette Klaviatur rechtspopulistischer Parolen. Wahltaktisch motivierte tagespolitische Forderungen der NPD - Verstaatlichung der Banken, Abschaffung von Hartz IV, Beibehaltung des VW-Gesetzes, Spekulationsgewinne abschaffen usw. - stehen dabei unübersehbar in einem fremdenfeindlichen Kontext. Die NPD fordert zugleich auf denselben Flugblättern „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“, „Einwanderungsstopp und ein Gesetz zur Ausländerheimführung“, „deutsches Geld für Deutsche“, eigene Klassen für Ausländerkinder usw. Kapitalismus- und globalisierungsablehnende Phrasen erweisen sich also als Propagandaformeln, um fremdenfeindliche Botschaften zu transportieren.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang zur Illustration aus dem Aufruf zur NPD-Demonstration am 12.09. in Hannover zitieren, die vor einigen Tagen die Berichterstattung über den Rechtsextremismus in Niedersachsen beherrschte:

„Das Volk blutet, das Kapital kassiert! Und das Kapital diktiert die Politik: Grenzen auf, noch mehr fremde Arbeitsnomaden rein!“ - „Millionenfache Massenzuwanderung bei gleichzeitigem Sozialabbau durch die Folgen der Globalisierung! Das macht sich nicht nur im Geldbeutel bemerkbar. Auch gesellschaftlich und kulturell hat die Überfremdungspolitik zu einer bedrohlichen Entwicklung geführt.“ - „Wir haben längst erkannt, dass die etablierten Politiker nur Marionetten des internationalen Kapitals sind.“ Das von der NPD als vermeintliche politische Alternative verfochtene Konzept von einer raumorientierten Volkswirtschaft erweist sich als eine propa-

gandistische Leerformel. Ihm liegen völlig unrealistische Autarkievorstellungen zugrunde.

Die Wahlorientierung hat weiterhin zur Folge, dass sich die NPD verstärkt den Frauen als sozialer Zielgruppe widmet. Die Gründung des Ringes Nationaler Frauen, deren Vorsitzende dem Bundesvorstand der NPD angehört, ist der organisatorische Ausdruck dieses Bemühens. Von einer Erfolgsgeschichte kann man indes nicht sprechen. Dem RNF gehören nicht einmal 100 Mitglieder an; in Niedersachsen hat die Unterorganisation der NPD nur marginale Bedeutung. Das überkommene Frauenbild, die Vorstellung von der dienenden Rolle der Frau als Mutter (Muttergehalt), erweisen sich als Hypothek bei den Bemühungen, Frauen für die NPD zu gewinnen. Diese Aussage gilt auch für die anderen Bereiche des Rechtsextremismus.

Ein Beispiel: Bei einer vor kurzem in einem Niedersachsen benachbarten Bundesland durchgeführten JN-Veranstaltung referierte ein männlicher Teilnehmer, der Mann habe traditionell für die Familie zu sorgen und die Frau müsse sich dementsprechend um die Kinder und den Haushalt kümmern. Nach germanischem Brauchtum seien aber beide gleichberechtigt. Ein weibliches JN-Mitglied ergänzte zustimmend, die Frau solle sich traditionsbewusst wieder an ihrer ureigenen Bestimmung orientieren, sich gesittet kleiden, Stolz und Anmut zeigen und mit ihrem Mann eine Einheit bilden.

Angesichts dieses Rollenverständnisses verwundert es nicht, dass sich Frauen im organisierten Rechtsextremismus nach wie vor deutlich in der Minderheit befinden; Führungsfunktionen bekleiden sie nur in wenigen Fällen. Der erlebnisorientierte Rechtsextremismus – Stichwort Autonome Nationalisten – allerdings könnte Barrieren abbauen. Gerade bei Demonstrationen, wo es primär um die Aktion, weniger um die Ideologie geht, treten seit einiger Zeit verstärkt junge Frauen bzw. weibliche Jugendliche in Erscheinung. Wie sozialwissenschaftliche Erhebungen ausweisen, gilt grundsätzlich ohnehin, dass Frauen sich in Hinsicht auf fremdenfeindliche Einstellungsmuster von Männern nicht stark unterscheiden.

Islamophobie

Die Islamfeindlichkeit hat sich, wie ich eingangs ausführte, zu einer organisationsübergreifenden Klammer entwickelt. Einige rechtsextremistische Zusammenschlüsse wie Pro Köln definieren sich monothematisch über dieses Aktionsfeld. Zur Verdeutlichung zwei Zitate. In der September-Ausgabe der Deutschen Stimme, dem Parteiorgan der NPD, schreibt ein Autor namens

Michaelis: „Gewalt, Mord und Totschlag gehören zum Islam wie das Amen in der Kirche.“

Noch deutlicher, noch eifernder äußerte sich der Fraktionsvorsitzende der NPD in Mecklenburg-Vorpommern Udo Pastörs in einer Aschermittwochsrede am 25.02. in Saarbrücken: „Wir haben sie (die Türken, d.V.) mit Prinz Eugen und Verbündeten vor Wien aufgehhalten. Da kamen sie mit dem Krummsäbeln und da hat's einen großen Kampf gegeben um Europa. Die Muselmanen wurden geschlagen und wir hatten zunächst einmal Ruhe. Heute reisen sie nicht mit Krummsäbeln ein, sondern mit Kopftüchern an ihrer Seite und einer höchst gefährlichen Samenkanone, die sie ständig bei sich tragen und das wollen wir nicht in Europa und nicht in Deutschland. Sie sollen sich dort vermehren, wo sie hingehören

Und wer Selbstrespekt hat und Stolz entwickelt hat auf das, was er ist und über die Ahnenkette geworden ist, der wird sich wehrhaft dieser muselmännischen Bedrohung entgegenstellen mit Herz, mit Verstand und wenn nötig auch mit Hand“.

Rechtsextremisten fällen ein Pauschalurteil über Muslime, sprechen ihnen das Aufenthaltsrecht ab und setzen Islamismus mit Islam gleich. Muslime werden auf die Religion reduziert, als wären sie nicht auch Vater oder Mutter, Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, Sportler, Vereinsangehöriger oder Parteimitglied. Jeder Muslim wird auf diese Weise zu einem potenziellen Terroristen und damit zum Feind erklärt.

Deutsche Rechtsextremisten bzw. Rechtspopulisten stehen mit ihrer Feindseligkeit gegenüber Muslimen nicht allein. Sie teilen ihre Sicht mit Gesinnungsfreunden in anderen Staaten Europas. Einige von ihnen haben den Einzug in das europäische Parlament geschafft. Sie eint der ethnopluralistische Ansatz, die feinere, die verklausulierte Form der Fremdenfeindlichkeit. Ethnisch reine Völker erscheinen in idealtypischer Sichtweise als handelnde Geschichtssubjekte. Sie von Vermischung frei zu halten, betrachten Rechtsextremisten als ihren Auftrag. Dass sich dies nicht mit den Individual- bzw. Menschenrechten verträgt, muss nicht gesondert betont werden.

Eine islamfeindliche Einstellung schließt antisemitische Positionen nicht etwa aus, im Gegenteil, in seiner Aschermittwochsrede bediente sich Pastörs mit Blick auf die Weltwirtschaftskrise antisemitischer Stereotype. „Der Hebräer Madoff“, so äußerte er, „ist gerade dabei als der größte Anlagebetrüger ... in die Geschichte einzugehen und das zeigt deutlich, welch kapitalistisch-judaistischer Geist vom Zins ausgehend, den menschlichen Völkern aufgezwungen ist und noch aufgezwungen wird“.

An anderer Stelle seiner Rede bezeichnete Pastörs die Bundesrepublik Deutschland als Judenrepublik.

Dieses Zusammenfallen von Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie kann als eine Bestätigung für den Ansatz des Bielefelder Soziologen Heitmeyer gelten, der den Begriff gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit geprägt hat und hierunter ein Syndrom versteht. Wer sich gegenüber einer sozialen Gruppe feindselig verhält, weist Heitmeyer empirisch nach, tut dies auch gegenüber anderen.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist weit über das vom Verfassungsschutz registrierte Personenpotenzial hinaus verbreitet. Sie ist noch kein Rechtsextremismus, aber sie bildet den Resonanzboden für rechtsextremistische Propaganda. Wir beobachten, dass rechtsextremistische Strategen die Ergebnisse der empirischen Sozialforschung über fremdenfeindliche Einstellungen genau registrieren und hieraus die ihnen eigenen Schlüsse ziehen.

Die Erkenntnis über den Zusammenhang zwischen Vorurteilen und Neonazismus ist im übrigen nicht neu. Geschichtlich bewanderte Zuhörer werden wissen, dass Kurt Schumacher den Nationalsozialisten 1932 in einer Reichstagsrede entgegenschleuderte, ihre Agitation sei ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen. Ihnen sei zum ersten Mal in der deutschen Politik die restlose Mobilisierung der menschlichen Dummheit gelungen.

Noch einmal zurück zu Islamfeindlichkeit und Antisemitismus. Ein wesentlicher Unterschied besteht darin, dass Rechtsextremisten in dem einen Fall eine politische Diskussion über reale politische Probleme – islamistischer Terrorismus und Schwierigkeiten bei der Integration muslimischer Migranten – gezielt ins Fremdenfeindliche wenden wollen. Dabei profitieren sie von islamfeindlichen Ressentiments in der Bevölkerung. Im anderen Fall handelt es sich um eine über Jahrhunderte tradierte Vorurteilsstruktur ohne einen gesellschafts- oder sozialpolitischen Anknüpfungspunkt. Deshalb müssen Antisemitismus und Islamophobie in Hinsicht auf die Prävention unterschiedlich behandelt werden. Mithin dürfen Islamophobie und Antisemitismus nicht gleichgesetzt werden, auch wenn sie das Denken des Rechtsextremismus in Dichotomien bzw. in Feindbildkategorien in besonderer Weise zum Ausdruck bringen.

Internet

Rechtsextremisten nutzen das Internet extensiv. Sie betreiben eigene Internetseiten und Informationsdienste wie Altermedia, unterhalten eigene Internet-Vertriebe, tauschen sich in Foren und Chat-Rooms aus und nutzen Videoplattformen wie Youtube zur Verbreitung von Werbe- und Musikfilmen. Der Verfassungsschutz zählt gut 1000 deutschsprachige rechtsextremistische Internet-Seiten, Jugendschutz.net kommt auf noch höhere Zahlen. Eine effektive Kontrolle, gar eine Unterbindung dieser Aktivitäten mit repressiven Mitteln ist kaum möglich, da Internet-Seiten mit brisanten oder strafbaren Inhalten in der Regel im Ausland gehostet werden. Zudem ist die Internet-Kontrolle gesellschaftlich hoch strittig, wie das Entstehen der Piraten-Partei dokumentiert.

Das politische Informations- und Kommunikationsverhalten junger Menschen hat sich analog zum rasanten Bedeutungszuwachs des Internets verändert. Ein jeder findet seine Nische in den unübersichtlichen Weiten des Internets. Ein allgemeinverbindlicher politischer Informationsstand aufgrund der Rezeption der weitgehend gleichen Medien ist nicht mehr gegeben. Soziologisch gesprochen verliert die Gesellschaft an Kohäsionskraft. Möglicherweise erleben wir zur Zeit die Herausbildung eines neuen Begriffs des Politischen.

Der Jugendforscher Klaus Hurrelmann beschreibt diese Entwicklung in einem Interview mit ARD-Online am 14.09. wie folgt:

„Ein ganz wichtiges Betätigungsfeld ist das Internet als das Leib- und Magenmedium der jungen Generation. Hier tauschen die Jüngeren zunehmend auch ihre politischen Ansichten aus. Deshalb sind künftige politische Strömungen im Web zuallererst wahrnehmbar.“ ... „Wir werden neue Formen der politischen Meinungsbildung und damit der politischen Entscheidungen haben – flexibler, offener, unberechenbarer, aber damit auch urdemokratischer.“

Versetzen wir uns in die Lage eines mit rassistischem Gedankengut sympathisierenden jungen Menschen. Wollte er seine fremdenfeindlichen Gedanken vor der Erfindung des Internets austauschen, musste er in seinem sozialen Umfeld nach Gesinnungsgenossen suchen. Ein nicht eben leichtes Unterfangen, das das Greifen sozialer Kontrollmechanismen zumindest nicht ausschloss. In der heutigen Situation ist es demselben Neonazi ein Leichtes, auf virtuellem Weg Gesinnungsgenossen zu finden und, sozial unkontrolliert, in einen permanenten Austausch mit ihnen zu treten. Wir können nur vermuten, welche Spuren ein solches kommunikatives Nischen-

dasein in den Köpfen einzelner Jugendlicher und in der Gesellschaft insgesamt hinterlässt. Eine Wirkungsforschung mit belastbaren Ergebnissen gibt es nicht.

Ich fürchte, die politische Bildung hinkt dieser Entwicklung hinterher. Sie folgt alten Mustern der politischen Wissensvermittlung und ist sich der Bedeutung des Internets bei der Verbreitung fremdenfeindlichen, antisemitischen und rassistischen Gedankenguts nicht immer bewusst. Dies gilt auch für die Medien, die sich dem Thema Rechtsextremismus und Internet nur selten widmen. Vielleicht ist dieses Thema nicht spektakulär genug? Wenn wir dieser Entwicklung entgegenwirken wollen, führt kein Weg daran vorbei, uns detailliert mit dem vermittelten Gedankengut auseinanderzusetzen und über adäquate Formen der Gegenaufklärung nachzudenken.

Reaktionen auf den Rechtsextremismus

Die Reaktionen auf rechtsextremistische Veranstaltungen oder sonstige Umtriebe ähneln einander: Es bilden sich Aktionsbündnisse gegen Rechtsextremismus und die Medien berichten häufig mit einem alarmistischen Unterton. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: der zivilgesellschaftliche Widerstand ist begrüßenswert und richtig. Er dürfte zu einem nicht unwesentlichen Teil dazu beigetragen haben, dass rechtsextremistische Organisationen in Niedersachsen nicht richtig Fuß fassen können. Dennoch möchte ich Wasser in den Wein gießen. Die Einzelfallbetrachtung birgt nämlich die Gefahr in sich, dass die gesellschaftspolitische Dimension des Rechtsextremismus, der Kausalzusammenhang zwischen Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit und die Frage nach den Entstehungsbedingungen des Rechtsextremismus, nach seinen sozialen Ursachen in den Hintergrund gedrängt werden. Es hat etwas Entlastendes, wenn der „rechtsextremistische Bösewicht“ identifiziert und isoliert werden kann. Doch wo es Verführer gibt, muss es auch Verführte und Situationen geben, in denen die Botschaften der Rechtsextremisten zünden. Nur so kann die Ausbreitung des Rechtsextremismus funktionieren.

Der Soziologe Oskar Negt spricht in diesem Zusammenhang von „der gesicherten sozialwissenschaftlichen Erkenntnis ..., dass Bewegungen, die ihre Identität ausschließlich aus Feinderklärungen gewinnen, durch Ausgrenzung der Fremden und Andersdenkenden, nur dann Erfolg haben, wenn sie genügend Sympathisanten im gesellschaftlichen Zentrum finden.“¹ Das

1 Oskar Negt: *Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht*. Göttingen 2008, S. 53.

Erstarken jeder Form von Extremismus ist also als ein Kommentar zur politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu lesen.

In Bad Nenndorf ist vom parteiübergreifenden Bündnis gegen den am 1. August durchgeführten neonazistischen Trauermarsch zweifellos großartige Arbeit geleistet worden, aber wer hat in diesem Zusammenhang die Frage erörtert, warum so viele, zum Teil sehr junge Menschen weite Anreisen auf sich genommen haben, um einer geschichtsrevisionistischen Veranstaltung beizuwohnen? Es kann nicht nur darum gehen, Abscheu zu bekunden, sondern es muss zugleich ein Bemühen einsetzen, junge Menschen zurückzugewinnen, ihnen Perspektiven zu eröffnen.

Meine Damen und Herren, gewöhnen Sie sich an den Gedanken: Extremismus ist ein Teil der Gesellschaft, ihn wird es immer geben. Wir müssen immer wieder von neuem lernen, adäquat mit ihm umzugehen. Jürgen Habermas verwendet in einem anderen Zusammenhang den Begriff von der polyphonen Komplexität der öffentlichen Stimmenvielfalt. Zur Komplexität gehört auch die rechtsextremistische Stimme. Hören wir nicht hin, leugnen wir gesellschaftliche Realität.

Anstatt dieser Komplexität gerecht zu werden, rücken die Medien immer wieder einzelne Rechtsextremisten in den Vordergrund und verhelfen an und für sich völlig unbedeutenden Personen zu negativer Prominenz. Wenn ein Jürgen Rieger die Medien dirigieren kann, wenn jede Andeutung von ihm mediale Aufmerksamkeit findet, ist der Demokratie, im Grunde genommen aber auch der Aufklärung über Rechtsextremismus, nur wenig gedient. Gleiches gilt für die völlig unangebrachte Aufmerksamkeit, die einzelnen Kameradschaftsführern zuteil wird. Wie viel besser wäre es, die Einzelfälle würden zum Anlass genommen, um zu einer Gesamtbetrachtung zu kommen.

Die Aussage, der Rechtsextremismus sei auf dem Weg zur Mitte, immerhin ist ein Indiz dafür, dass die gesellschaftspolitische Dimension des Rechtsextremismus stärker ins Bewusstsein rückt. Der Begriff Mitte allerdings ist sozialwissenschaftlich schwer zu definieren. Ich würde die Aussage mit den Worten „der Rechtsextremismus ist weiter verbreitet, als ihr denkt“ in die Umgangssprache übersetzen. Eines aber sollte klar sein: rechtsextremistische Parteifunktionäre und Ideologieproduzenten gehörten und gehören ohnehin selten zur sozialen Unterschicht. Es wäre daher völlig unangebracht, Rechtsextremismus auf ein Unterschichtenphänomen zu reduzieren.

Zu guter Letzt: Lassen Sie uns einen Perspektivwechsel wagen und versuchen, den Rechtsextremismus aus Sicht der Opfer wahrzunehmen. Rechts-

extremismus bedeutet Negierung der Menschenrechte und der Menschenwürde. Rechtsextremisten sprechen anderen Menschen die Gleichwertigkeit ab. Mit ihren Parolen versuchen sie die in der Bevölkerung verbreiteten Vorurteile und Ressentiments für sich zu mobilisieren, leider nicht immer ohne Erfolg. Ihre Hassbotschaften, aber auch die Vorurteile selbst hinterlassen bei den Opfern tiefe seelische Verwundungen, denn nicht nur körperliche Übergriffe, auch Worte können nachhaltig verletzen. Den Menschenrechten und der Menschenwürde als obersten Geboten der Verfassung verpflichtet, müssen wir uns deshalb immer wieder von neuem fragen, was getan werden muss, um der Stigmatisierung und Ausgrenzung sozialer Gruppen entgegenzuwirken. Richard von Weizsäcker hat in seiner Maßstäbe setzenden Rede anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus in dieser Hinsicht einen unverändert gültigen Appell an die jungen Menschen in Deutschland gerichtet:

„Wir haben als Menschen gelernt, wir bleiben als Menschen gefährdet. Aber wir haben die Kraft, Gefährdungen immer von neuem zu überwinden. Hitler hat stets damit gearbeitet, Vorurteile, Feindschaften und Hass zu schüren.

Die Bitte an die jungen Menschen lautet: Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Hass gegen andere Menschen, gegen Russen oder Amerikaner, gegen Juden oder Türken, gegen Alternative oder Konservative, gegen Schwarz oder Weiß. Lernen Sie miteinander zu leben, nicht gegeneinander.“

So weit die Lehre aus der Geschichte. Einen humanistischen Gegenentwurf zum Menschenbild der Rechtsextremisten finden wir bei Hugo Loetscher, dem im August verstorbenen Schweizer Schriftsteller. Ein Zitat von ihm aus seinem letzten, kurz vor seinem Tod abgeschlossenen Buch „War meine Zeit meine Zeit“ möchte ich ihnen abschließend zum Nachdenken und vielleicht zur Orientierung mit auf den Weg geben. Es beinhaltet eine Absage an jegliche Form von Überlegenheitsdenken: „Wir sind als Person defizitär und als Individuum nur eine Möglichkeit des Menschseins. Wenn es also darum geht, den Menschen in all seinen Möglichkeiten zu kennen, wird der andere nicht jemand, den ich toleriere, sondern jemand, den ich unerlässlich und unverzichtbar im Zeichen eines umfassenden Menschseins brauche: Ich bin erst dank seiner und aller andern ein kompletter Mensch.“

Bleibt noch hinzufügen, dass Loetscher als Homosexueller selbst zu einer Opfergruppe des Rechtsextremismus gehört und in Phasen seines Lebens unter Ausgrenzung gelitten hat.

Einleitung

In der öffentlichen Diskussion zu Rechtsextremismus werden häufig die rechtsextremen Straftaten in Deutschland in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt. Wenngleich deren Anzahl weiter steigt (Bundesministerium des Inneren 2006, S. 23) und besorgniserregend ist, gerät hierbei die Verbreitung der Dimensionen einer rechtsextremen Einstellung in den Hintergrund. Denn diese Einstellung führt nicht automatisch auch zu Straftaten. In der sozialpsychologischen Forschung hingegen hat die Erforschung der rechtsextremen Einstellung eine lange Tradition.



Die Untersuchung dieses wesentlichen und aktuellen Themas hat eine knapp 70-jährige Geschichte, stellt man sie in die Tradition der Autoritarismusforschung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung (Fromm 1936; Adorno, Frenkel-Brunswick, Levinson & Sanford 1950) die zum Ziel hatte antidemokratische Haltungen in der Bevölkerung zu erfassen. Die Forschung zum Thema Rechtsextremismus ist sehr heterogen (Schubarth/Stöss 2000; Winkler, Jaschke & Falter 1996) und lange Jahre weniger von sozialpsychologischen als von politik- bzw. sozialwissenschaftlichen Konstrukten geprägt worden. Der Begriff »Rechtsextremismus« selbst ist aus mehreren Gründen problematisch; insbesondere wird mit dem Begriff vermittelt, dass eine »Mitte« der Gesellschaft existiert, die sich von diesem Extrem klar abgrenzen lässt. Die Ergebnisse vergangener Studien (Decker/Brähler 2005) und auch die Ergebnisse der folgenden Studie zeigen die Schwierigkeit, beide Bedeutungen in Deckung mit der Realität zu bringen. Daher lag es nahe, nach den repräsentativen Erhebungen 2002 und 2004 auch 2006 eine repräsentative Untersuchung zur Verbreitung der Dimensionen einer rechtsextremen Einstellung durchzuführen.

Im Mai/Juni 2006 hatten wir die Möglichkeit 3.876 Westdeutsche und 996 Ostdeutsche durch das Meinungsforschungsinstitut USUMA befragen zu lassen. Neben verschiedenen Fragebögen wie z.B. zur Persönlichkeit und psychischen Befindlichkeiten haben wir erneut eine Reihe von politischen Einstellungen untersucht sowie die rechtsextreme Einstellung der Probanden (Decker/Brähler 2000; Decker/Brähler 2002, Decker/Brähler 2005).

Stichprobe und Fragebogen

Die Daten der vorliegenden Untersuchung entstammen einer im Mai/ Juni 2006 durchgeführten bevölkerungsrepräsentativen Befragung, an der insgesamt 4.872 Personen teilnahmen. Die demografischen Angaben sind Tabelle 1 zu entnehmen. Mit der Durchführung der Befragung wurde das unabhängige Meinungsforschungsinstitut USUMA beauftragt. Bei der durchgeführten Befragung erfolgte die Stichprobenziehung auf der Grundlage der ADM-Stichprobenbasis (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Meinungsforschungsinstitute). Es wurde von USUMA das durch den ADM gemeinsam geschaffene Ziehungsprogramm »EASY-Sample« eingesetzt. Dieses Programm erlaubt geschichtete Ziehungsverfahren nach Regionen (z.B. Bundesländer, Regierungsbezirke, Kreise und Gemeinden) zu sogenannten »Sample Points«. In diesen »Sample Points« werden die Haushalte um eine Teilnahme gebeten. Es wurden 210 Städte, Gemeinden und Landkreise in den alten Bundesländern und 48 in den neuen Bundesländern für die Befragung ausgewählt.

Der Fragebogen wird als Selbstausfüller eingesetzt. Dabei wurden sogenannte face-to-face-Interviews durchgeführt, d.h. die Interviewer waren anwesend, während die Probanden den Fragebogen ausfüllten. Zielgruppe war die deutschsprachige Bevölkerung ab 14 Jahren. Es wurden nur geschulte und erfahrene Interviewer aus dem deutschlandweiten Feld von USUMA eingesetzt. Es kam zu 3.070 systematischen Ausfällen (37,9 % der ausgewählten Haushalte), von denen 1.806 auf Verweigerung des Interviews zurückgehen. Die restlichen Ausfälle sind Krankheit, Urlaub bzw. Nichtantreffen des zu Interviewenden geschuldet.

Fragebogen

In unserer Studie vom »Rand zur Mitte – Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland« ist das Kernelement der Fragebogen zum Rechtsextremismus. Dieses Instrument ist das Ergebnis einer Konsensuskonferenz zur Entwicklung eines einheitlichen Fragebogen¹. Die Konsensusgruppe einigte sich auf folgende Definition:

¹ An dieser Konsensuskonferenz waren beteiligt: Elmar Brähler (Leipzig), Michael Erdinger (Jena), Jürgen Falter (Mainz), Andreas Hallermann (Jena), Joachim Kreis (Berlin), Oskar Niedermayer (Berlin), Karl Schmitt (Jena), Siegfried Schumann (Mainz), Richard Stöss (Berlin), Bettina Westle (Erlangen), Jürgen Winkler (Mainz).

REP_13 (Deutsche)		Gesamtgruppe (n = 4872)		Westdeutsche (n = 3876)		Ostdeutsche (n = 996)	
Alter	M	48,7		48,4		49,8	
	SD	18,0		17,8		18,6	
	Spanne	14-92		14-92		14-87	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Altersgruppen	bis 24 Jahre	535	11,0	421	10,9	114	11,5
	25-34 Jahre	638	13,1	509	13,1	129	13,0
	35-44 Jahre	928	19,1	773	19,9	155	15,6
	45-54 Jahre	833	17,1	662	17,1	171	17,1
	55-64 Jahre	789	16,2	625	16,1	164	16,5
	65-74 Jahre	776	15,9	606	15,6	170	17,1
	ab 75 Jahre	373	7,7	280	7,2	93	9,3
Geschlecht	männlich	2252	46,2	1789	46,2	463	46,5
	weiblich	2620	53,8	2087	53,8	533	53,5
Familienstand	verheiratet/ zusammenlebend	2604	53,5	2109	54,4	495	49,7
	verheiratet/ getrennt lebend	59	1,2	48	1,2	11	1,1
	ledig	1174	24,1	929	24,0	245	24,6
	geschieden	465	9,5	347	9,0	118	11,9
	verwitwet	570	11,7	443	11,4	127	12,8
Partnerschaft	ja (leben mit Partner)	2908	59,7	2302	59,4	606	60,8
	nein (leben ohne Partner)	1964	40,3	1574	40,6	390	39,2
Schulabschluss	ohne Abschluss	52	1,1	41	1,1	11	1,1
	Hauptschule/8. Klasse	2126	43,6	1847	47,7	279	28,0
	mittlere Reife/Realschule	1346	27,6	1188	30,7	158	15,9
	POS 10. Klasse	350	7,2	53	1,4	297	29,8
	Fachschule	143	2,9	91	2,4	52	5,2
	Abitur/o. abgeschl. Studium	371	7,6	300	7,7	71	7,1
	abgeschl. Hoch-/ FH- Studium	316	6,5	215	5,6	101	10,1
	anderer Abschluss	168	3,5	141	3,6	27	2,7
Berufstätigkeit	Vollzeit mit > 35 h/Woche	1742	35,8	1444	37,3	298	29,9
	Teilzeit mit 15-35 h/Woche	414	8,5	352	9,1	62	6,2
	Teilzeit mit < 15 h/Woche	92	1,9	77	2,0	15	1,5
	Wehr-/Zivildienst oder Mutterschutz- /Erziehungsurlaub	45	0,9	33	0,9	12	1,2
	arbeitslos/0-Kurzarbeit	270	5,5	142	3,7	128	12,9
	Rentner/ Vorruhestand	1498	30,8	1130	29,2	368	37,0
	nicht berufstätig	397	8,2	371	9,6	26	2,6
	in Berufsausbildung	64	1,3	50	1,3	14	1,4
in Schulausbildung	350	7,2	277	7,2	73	7,3	
Haushalts- einkommen	weniger als 750 €/Monat	189	4,1	108	2,9	81	8,6
	750 bis < 1250 €/Monat	849	18,4	600	16,3	249	26,4
	1250 bis < 2000 €/Monat	1661	35,9	1256	34,1	405	42,9
	Ab 2000 €/Monat	1926	41,6	1717	46,6	209	22,1
Kirchen- zugehörigkeit	nein	1160	23,9	454	11,7	706	71,2
	ja	3702	76,1	3416	88,3	286	28,8

Tab. 1: Soziodemografische Merkmale der Untersuchungsgruppe«

»Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.«

Hieraus wurden sechs Dimensionen der rechtsextremen Einstellung abgeleitet, die das mehrdimensionale rechtsextreme Einstellungsmuster ausmachen:

- Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur
- Chauvinismus
- Ausländerfeindlichkeit
- Antisemitismus
- Sozialdarwinismus
- Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Zu den Dimensionen wurden Fragen entwickelt, wobei sich jeweils drei Fragen je Dimension bewährt haben (vgl. Decker, Niedermayer & Brähler 2003; Decker/Brähler 2005). Basierend auf diesen Erkenntnissen liegt ein Fragebogen mit 18 Einzelfragen (Items) vor, die zu den sechs oben genannten Dimensionen (Skalen) zusammengefasst werden und eine Erfassung der rechtsextremen Einstellung in mehreren Dimensionen ermöglichen. Die Befragten werden aufgefordert, ihre Ansicht auf einer fünfstufigen Skala zu den Aussagen zu notieren (»lehne voll und ganz ab«, »lehne ab«, »stimme teils zu, stimme teils nicht zu«, »stimme zu«, »stimme voll und ganz zu«). Die einzelnen Fragen der Dimensionen werden im Kontext der Ergebnisse vorgestellt.

Ergebnisse

Zunächst wird über die Zustimmungswerte zu den einzelnen Fragen, getrennt nach den Dimensionen/Skalen einer rechtsextremen Einstellung, berichtet. Für die Darstellung der Ergebnisse werden im Folgenden die zustimmenden Antworten »stimme zu« und »stimme voll und ganz zu« zusammen dargestellt. Die Prozentangaben geben den Anteil der Bevölkerung wieder, der diesen Aussagen zustimmt. Die Ergebnisse werden für die gesamte Bundesrepublik sowie für die neuen Bundesländer (Ost) und die alten Bundesländer (West) getrennt dargestellt.

Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur

Diese Dimension untersucht ein Gesellschaftsverständnis, das keine abweichenden politischen Einstellungen toleriert («Volksgemeinschaft») und eine diktatorische Staatsform befürwortet, die nicht durch demokratische Entscheidungsprozesse das imaginierte Wohl der »Bevölkerung« vertritt (vgl. Abbildung 1).

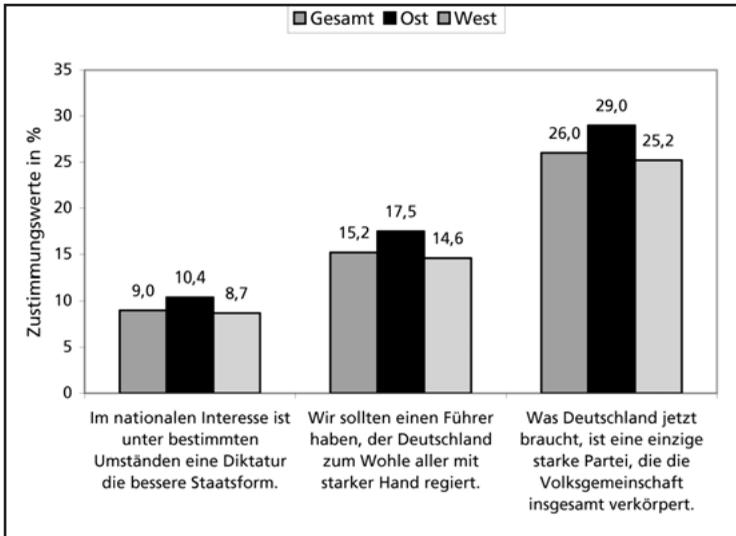


Abb. 1: Skala »Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur«

Die Forderung nach einer starken Partei findet in ganz Deutschland die Zustimmung von 26 % der Bevölkerung.

Chauvinismus

Ähnlich der Vorstellung einer »Volksgemeinschaft«, die nur ein Interesse kennt und dieses nach innen mit »harter Hand« durchsetzt, steht im Hintergrund der Fragen zum Chauvinismus das ideologische Bild eines »deutschen Interesses«, das nach außen durchgesetzt werden muss (vgl. Abbildung 2).

Dabei findet die Forderung nach einem starken Nationalgefühl die Zustimmung von fast 40 % der Deutschen in Ost und West. Nicht alle Deutschen, die sich ein stärkeres Nationalgefühl wünschen, befürworten aber eine aggressivere Außenpolitik.

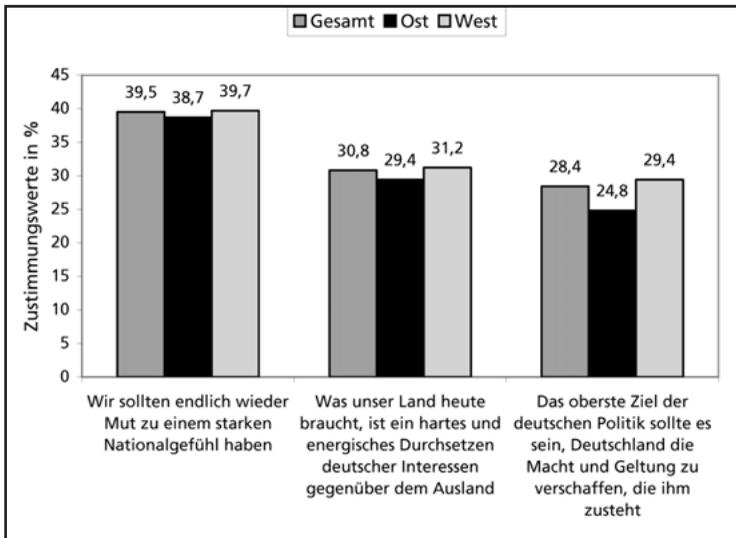


Abb. 2: Skala »Chauvinismus« 2006«

Ausländerfeindlichkeit

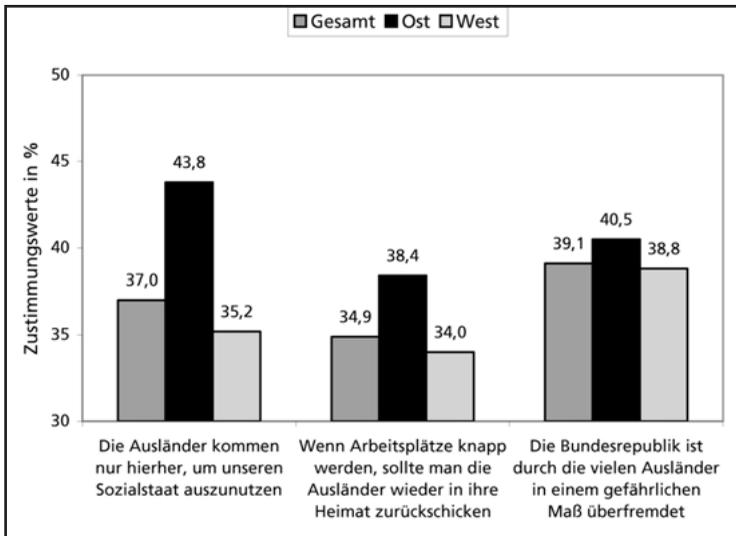


Abb. 3: Skala »Ausländerfeindlichkeit« 2006«

Mit den Fragen zur Ausländerfeindlichkeit werden Ressentiments abgebildet, die sich gegen Migrantinnen und Migranten richten (vgl. Abbildung 3).

Im Mittelpunkt dieser Dimension steht eine Vorstellung einer Nation als Schicksalsgemeinschaft mit ihren antidemokratischen und rassistischen Implikationen.

Die eher kognitive Einstellungskomponente, dass Ausländer den Sozialstaat ausnutzen, findet eine sehr hohe Zustimmung im Osten. Diese hebt sich deutlich von der auch im Westen gezeigten Zustimmung ab, obwohl auch hier ein Drittel der Bevölkerung dieser Aussage zustimmt. Die eher handlungsorientierte Aussage, Ausländer »in ihre Heimat« zurückzuschicken, findet in Ost wie West ebenfalls die Zustimmung von einem Drittel der Bevölkerung. Hierbei ist implizit die rassistisch begründete Gewährung von Rechten enthalten. Der ebenfalls rassistischen Vorstellung einer Überfremdung stimmen bundesweit fast 40 % der Bevölkerung zu.

Antisemitismus

Diese Dimension untersucht die klassische antisemitische Projektion einer »rassistischen Unterscheidbarkeit« von Juden, die im Sinne einer manichäischen Welterklärungsideologie einerseits als »minderwertig« andererseits als »omnipotent« definiert werden (vgl. Abbildung 4).

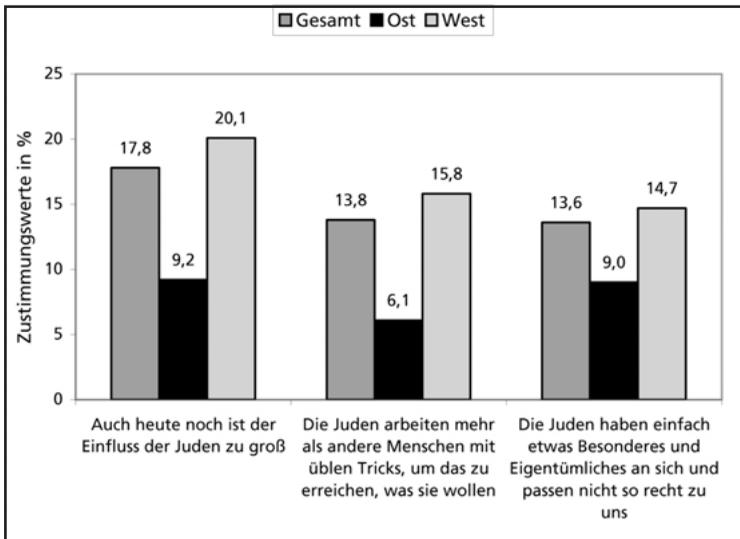


Abb. 4: Skala »Antisemitismus« 2006«

Während die ostdeutschen Befragten eine deutlich höhere Ausländerfeindlichkeit zeigen, sticht der Antisemitismus bei den in den alten Bundesländern Befragten hervor. Immerhin ein Fünftel der Westdeutschen sieht den »Einfluss der Juden als zu groß« an, dabei »arbeiten die Juden mit üblen Tricks« und passen nicht zu »uns«. In dieser letzten Formulierung, die ein Binnen-»Wir« der Minderheit »der Juden« gegenüberstellt, tritt die Vorstellung einer Nation als Schicksalsgemeinschaft mit ihren antidemokratischen und rassistischen Implikationen deutlich hervor.

Sozialdarwinismus

Im Sozialdarwinismus findet sich, wie beim Rassismus, eine Biologisierung des gesellschaftlichen Geschehens. Der »Sozialdarwinismus« hat, entgegen der Vorstellung von Darwin, eine »kausale« Vorstellung von der Arterhaltung, d.h. der Stärkere müsse und könne sich durchsetzen, damit die Gattung überleben kann. Dies impliziert die Sichtweise auf scheinbar »schwache« Mitglieder der Gesellschaft als Ballast oder »unwertes Leben« (vgl. Abbildung 5).

Sozialdarwinistischen Vorstellungen hängen immerhin knapp 18 % der Bevölkerung an; die Vorstellung von der Überlegenheit der Deutschen teilen

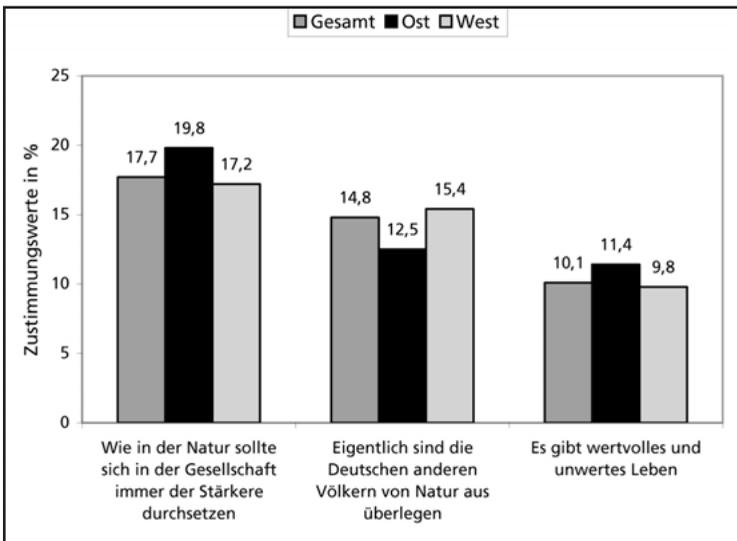


Abb. 5: Skala »Sozialdarwinismus« 2006«

immer noch 15 % und die Unterscheidung von wertvollem und unwerten Leben noch 10 % der Deutschen (vgl. Abbildung 5).

Verharmlosung des Nationalsozialismus

Die Verharmlosung des Nationalsozialismus ist ein klassisches Motiv des Rechtsextremismus. Kern dieser Skala ist neben der Leugnung des Zivilisationsbruchs durch das nationalsozialistische Deutschland auch die Hervorhebung »guter Seiten« des Nationalsozialismus (vgl. Abbildung 6).

In der Verharmlosung des Nationalsozialismus zeigen sich die Westdeutschen deutlich zustimmender als die Ostdeutschen (vgl. Abbildung 6). Die

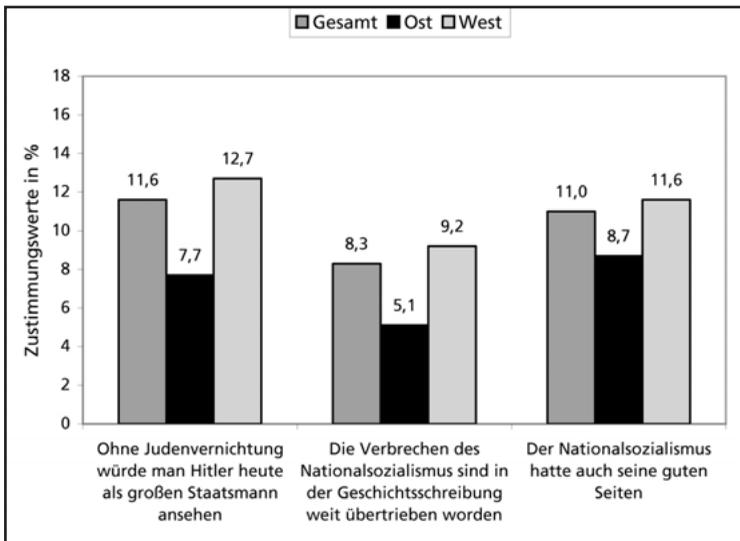


Abb. 6: Skala »Verharmlosung des Nationalsozialismus« 2006«

Unterschiede sind augenfällig: Während knapp 8 % der Ostdeutschen der Aussage zustimmen, dass »Hitler ohne Judenverfolgung als großer Staatsmann angesehen würde«, stimmen dem knapp 13 % der Westdeutschen zu. Den geringsten Abstand in der Zustimmung zeigen die Deutschen, wenn jeder Zehnte »auch gute Seiten im Nationalsozialismus« sieht. Zusammenfassend fallen die im Einzelnen sehr hohen Zustimmungswerte zu den Aussagen auf.

Ergebnisse unterschieden nach Gruppen

Im Folgenden werden die Ergebnisse für einzelne Gruppen aufgeschlüsselt, bezogen auf die Skalen, dargestellt. Während im vorigen Abschnitt die Zustimmungswerte für die einzelnen Aussagen für die gesamte Stichprobe aufgeführt wurden, fassen wir nachfolgend die Antworten zu einem gemeinsamen Wert je Skala zusammen. Die folgenden Prozentangaben beziehen sich auf jene Befragten, die im Durchschnitt allen Statements einer Skala zugestimmt haben (»stimme zu« und »stimme voll und ganz zu«). Bei Personen, die gleichermaßen allen Aussagen je Skala zugestimmt haben, sprechen wir von einer entsprechend geschlossenen Zustimmung zur jeweiligen Dimension einer rechtsextremen Einstellung. Personen, die nur einzelnen, aber nicht allen drei Aussagen zugestimmt haben, werden nicht aufgenommen. Dadurch sind die Prozentangaben je Skala niedriger als bei den oben aufgeführten Prozentwerten für die Einzelaussagen. Die Unterschiede zwischen den Gruppen wurden mithilfe eines statistischen Verfahrens (Chi-Quadrat-Test) auf statistisch bedeutsame Unterschiede überprüft.

Die Zusammenfassung der Zustimmungswerte nach neuen (Ost) und alten (West) Bundesländern macht die Unterschiede deutlicher (vgl. Tabelle 2).

	Gesamt	West	Ost
Befürwortung Diktatur*	4,8	4,4	6,5
Chauvinismus*	19,3	20,1	16,1
Ausländerfeindlichkeit*	26,7	25,7	30,6
Antisemitismus*	8,4	9,5	4,2
Sozialdarwinismus*	4,5	4	6,2
Verharmlosung Nationalsozialismus*	4,1	4,6	2

Tab. 2: Rechtsextreme Einstellungen in West- und Ostdeutschland, Herbst 2006 (in Prozent) Anmerkung: mit * gekennzeichnete Werte sind statistisch bedeutsam unterschiedlich, -> Chi-Quadrat nach Pearson $p < .01$ «

Die höchsten Zustimmungswerte erhalten bundesweit chauvinistische, ausländerfeindliche und antisemitische Aussagen. Während nur etwa jeder zwanzigste Deutsche eine Diktatur befürwortet bzw. den Nationalsozialismus verherrlicht und sozialdarwinistischen Aussagen zustimmt, finden aus-

länderfeindliche Aussagen Zustimmung von einem Viertel der Bevölkerung. Bezogen auf die Ausländerfeindlichkeit treten auch die auf allen Skalen unterschiedlichen Werte für Ost- und Westdeutschland deutlicher ins Auge: Im Osten stimmt ausländerfeindlichen Aussagen jeder dritte Befragte zu. Dagegen hat der klassische Antisemitismus eine stärkere Ausprägung in Westdeutschland, wenn auch mit geringerer Ausprägung: knapp jeder zehnte Westdeutsche zeigt sich als Antisemit. Auch sind ein Fünftel der Westdeutschen chauvinistisch eingestellt.

Die höchsten Zustimmungswerte erhalten bundesweit chauvinistische, ausländerfeindliche und antisemitische Aussagen. Während nur etwa jeder zwanzigste Deutsche eine Diktatur befürwortet bzw. den Nationalsozialismus verherrlicht und sozialdarwinistischen Aussagen zustimmt, finden ausländerfeindliche Aussagen Zustimmung von einem Viertel der Bevölkerung. Bezogen auf die Ausländerfeindlichkeit treten auch die auf allen Skalen unterschiedlichen Werte für Ost- und Westdeutschland deutlicher ins Auge: Im Osten stimmt ausländerfeindlichen Aussagen jeder dritte Befragte zu. Dagegen hat der klassische Antisemitismus eine stärkere Ausprägung in Westdeutschland, wenn auch mit geringerer Ausprägung: knapp jeder zehnte Westdeutsche zeigt sich als Antisemit. Auch sind ein Fünftel der Westdeutschen chauvinistisch eingestellt.

Die Mitglieder der beiden großen Amtskirchen (Evangelisch-Lutherisch und Römisch-Katholisch) unterscheiden sich in der Erhebung von den Konfessionslosen (vgl. Tabelle 3).

	Evangelisch (N = 1843)	Katholisch (N = 1696)	Keine Religion (N = 1153)
Befürwortung Diktatur	3,9	5,1	6,0
Chauvinismus*	18,5	21,0	18,8
Ausländerfeindlichkeit*	27,7	25,8	28,4
Antisemitismus *	8,6	9,9	6,0
Sozialdarwinismus	4,6	4,0	4,8
Verharmlosung Nationalsozialismus*	3,8	5,0	2,9

Tab. 3: Rechtsextreme Einstellungen in Abhängigkeit von der Kirchenzugehörigkeit (in Prozent) Anmerkung: mit * gekennzeichnete Werte sind statistisch bedeutsam unterschiedlich, -> Chi-Quadrat nach Pearson $p < .01$ «

Protestanten wie Katholiken weisen niedrigere Werte in der Skala »Ausländerfeindlichkeit« auf, dafür zeigen sie sich antisemitischer als die Konfessionslosen. Die Befragten katholischen Glaubens stechen mit einem statistisch bedeutsamen, höheren Chauvinismuswert hervor.

Die Geschlechtereffekte in den Rechtsextremismuswerten sind erwartungskonform und fallen überwiegend statistisch bedeutsam aus. Allerdings stellen sich Frauen wie Männer gleichermaßen ausländerfeindlich dar. Hier ist der Geschlechterunterschied statistisch nicht bedeutsam.

Der Erwerbsstatus hat einen Einfluss auf den Rechtsextremismus. Diese Beobachtung führte unter anderem zur Desintegrations- bzw. Deprivations- these als Auslöser rechtsextremer Einstellungen. Tatsächlich können wir in unserer Untersuchung eine höhere Zustimmung zu allen Dimensionen einer rechtsextremen Einstellung bei den Arbeitslosen feststellen (siehe Decker, Brähler & Geißler 2006). Dass die Befragten im Ruhestand nach den Arbeitslosen durchgängig die höchsten Zustimmungswerte zu rechtsextremen Aussagen zeigen, könnte mit dem Alter dieser Bevölkerungsgruppe zusammenhängen. Die Altersgruppe der über 60-Jährigen erreicht durchgängig die höchsten Zustimmungswerte, die Unterschiede sind zudem bei Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus statistisch bedeutsam (siehe Decker et al. 2006).

Im Folgenden wird der Anteil der Menschen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild vorgestellt. Zu diesem Zweck wurde ein Summenwert über alle 18 Fragen gebildet. Wir definieren eine manifeste rechtsextreme Einstellung mit einem Gesamtwert über alle Fragen von größer als 63, das entspricht einem mittleren Antwortwert von 3,5 und damit einer durchschnittlichen Zustimmung auf allen Rechtsextremismus-Skalen (vgl. Tabelle 4).

	Insgesamt	Ost	West
Geschlossenes rechtsextremes Weltbild	8.6%	6,6 %	9,1%

Tab. 4: Anteil der Menschen mit geschlossenem rechtsextremen Weltbild Einstellungen in West- und Ostdeutschland, Herbst 2006 (in Prozent)

Ein handlungsbezogenes Element der Einstellung kann das Wahlverhalten sein, daher untersuchten wir das Wahlverhalten von Menschen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild (>63). Hier zeigt sich, dass die gro-

ßen Parteien Menschen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild in ihre Wählerschaft integrieren können. Sie schaffen es deutlich besser als die rechtsextremen Parteien selbst, diese Wählerschicht an sich zu binden (vgl. Tabelle 5).

	CDU / CSU	SPD	FDP	Grüne	PDS / WASG	NPD / DVU / Republikaner	Nichtwähler
Grenzwert >63 (N=390)	35,1	34,4	1,8	4,4	1,8	5,9	16,7

Tab. 5: Was wählen Rechtsextreme? (in Prozent)

Zusammenfassung der Ergebnisse zum Rechtsextremismus

Eine rechtsextreme Einstellung ist durch alle gesellschaftlichen Gruppen hindurch im Westen wie im Osten hoch vertreten. Wir haben festgestellt, dass der Begriff »Rechtsextremismus« irreführend ist, weil er das Problem als Randphänomen beschreibt. Rechtsextremismus ist aber ein politisches Problem in der Mitte der Gesellschaft. Das kann nicht ausdrücklich genug betont werden. Der Begriff des Rechtsextremismus ist für die politische Analyse offensichtlich zu ungenau. Dies zeigt sich sehr deutlich in den Zustimmungswerten zu einzelnen Aussagen, bei denen teilweise über 40 % der Befragten zustimmen konnten. Aber auch auf den Skalen und damit in einer Beschränkung auf einzelne Dimensionen einer rechtsextremen Einstellung werden sehr hohe Werte erreicht.

In den Dimensionen des Rechtsextremismus zeigten Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus die höchsten Zustimmungswerte. Dies gilt sowohl für die Gesamtbevölkerung als auch bei der Betrachtung der relevanten Untergruppen. Es folgt der Antisemitismus als ein sehr bedeutsames Merkmal rechtsextremer Einstellung, das immerhin von fast jedem zehnten Deutschen geteilt wird. So verwundert es nicht, dass sich Menschen mit Zustimmung zu Dimensionen einer rechtsextremen Einstellung bei allen erfragten Akteuren der Demokratie (Parteiangehörige, Gewerkschaftsmitglieder und Kirchen) wiederfinden lassen.

Hinsichtlich der Bildung und auch des Geschlechts lassen sich Unterschiede ausmachen. So stimmen Befragte mit hohem Bildungsabschluss den rechts-

extremen Aussagen in der Regel seltener zu, wie auch Frauen seltener als Männer rechtsextremen Aussagen zustimmen.

Diese Ergebnisse machen deutlich, dass der Rechtsextremismus kein Problem ist, das alleine durch den Verfassungsschutz oder einzelne politische Gruppierungen zu lösen ist. Hier ist, insbesondere unter Berücksichtigung der Risikofaktoren und protektiver Elemente, jede gesellschaftliche Institution gefragt, über Strategien gegen Rechtsextremismus und dessen Ideologien der Ungleichwertigkeit nachzudenken und diese umzusetzen.

Literatur

Adorno, Th.W.; Frenkel-Brunswik, E.; Levinson, D.J. & Sanford, R.N. (1950): *The Authoritarian Personality*. New York: Harper.

Bundesministerium des Inneren (2006). *Der Verfassungsschutzbericht*. Berlin: Bundesministerium des Inneren.

Decker, O.; Brähler, E. (2000): Antisemitische und autoritäre Einstellungen im vereinten Deutschland – Ergebnisse einer Repräsentativbefragung. *psychozial* 80, 31–38.

Decker, O.; Niedermayer, O. & Brähler, E. (2002). Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung. In: *Zeitschrift für Psychotraumatologie und Psychologische Medizin* 1, 65–77.

Decker, O.; Brähler, E. (2005): Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42, 8–17.

Decker, O.; Brähler, E. & Geißler, N. (2006): Vom Rand zur Mitte – Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin: Berlin

Fromm, E. (1936). Studien über Autorität und Familie. Sozialpsychologischer Teil. In: Ders., *Gesamtausgabe* Bd. 1. Stuttgart: DVA, S. 139–187.

Schubarth, W.; Stöss, R. (Hg.) (2000): *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*. Berlin: Vs-Verlag.

Stöss, R. (2005): *Rechtsextremismus im Wandel*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Winkler, J.; Jaschke, H.-G. & Falter, J.W. (1996): Stand und Perspektiven der Forschung. In: Falter, J.F.; Jaschke, H.-G. & Winkler, J.G. (Hg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 9–21.



Globalisierung, Wirtschaftskrise und Rechtsextremismus

Christoph Butterwegge

Um den zeitgenössischen Rechtsextremismus genauer im politischen Raum verorten sowie seine Entstehungsbedingungen und aktuellen Entwicklungsmöglichkeiten beurteilen zu können, muss die Analyse auf drei Untersuchungsebenen ansetzen: der ökonomischen, der sozialen und der politischen. Hier wird deshalb für ein Erklärungsmodell plädiert, das von der Konkurrenz als entscheidender Triebkraft unseres Wirtschaftssystems ausgeht, dadurch (mit)bedingte Veränderungen bzw. Verschlechterungen des sozialen Klimas jedoch genauso berücksichtigt wie die Traditionsbestände der politischen Kultur in Deutschland.



Der organisierte Rechtsextremismus ist freilich nicht bloß von ökonomischen, politischen und sozialen Determinanten abhängig, die er kaum zu beeinflussen vermag, sein Erfolg oder Misserfolg hängt vielmehr auch davon ab, ob er über geeignete Funktionäre verfügt, die „richtigen“ Themen aufgreift und Strategie und Taktik der jeweiligen Situation entsprechen. Programmatik, Personal und Parteiorganisation entscheiden letztlich darüber, ob Chancen, die aus ökonomischen Krisen, gesellschaftlichen Umbruchsituationen oder sozialen Verwerfungen resultieren, wirklich im Sinne einer Rechtsentwicklung des politischen Systems genutzt werden können. Schließlich führen Massenarbeitslosigkeit und wachsende Armut keineswegs automatisch zu (mehr) Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt.

Irreführende Analysen und falsche Strategien

Falsch wäre es, Rechtsextremismus als Desintegrationsphänomen oder Jugendproblem zu begreifen. Sein organisierter Kern ist auch keine Protestbewegung, die sich für sozial benachteiligte Deutsche einsetzt. Vielmehr grenzt er die Menschen mit Behinderungen, Obdachlose, Homosexuelle und Asylbewerber/innen gleichermaßen aus, will ihnen staatliche Leistungen vorenthalten und/oder sie durch Zwangsmaßnahmen disziplinieren. Es geht also nicht um eine Negation, sondern gerade um die – bis zur letzten Kon-

sequenz getriebene – Realisation herrschender Normen (Beurteilung einer Person nach der ökonomischen Verwertbarkeit, Leistungsfähigkeit bzw. Systemangepasstheit) und gesellschaftlicher Funktionsmechanismen wie der Konkurrenz.

Zu warnen ist auch vor einer Gleichsetzung von Rechtsextremismus, Linksradikalismus und Islamismus. Nach dem Berliner Mauerfall im November 1989 erlebten die Extremismus- und Totalitarismustheorie eine gewisse Renaissance, obwohl er geradezu ein Waterloo für sie war. Entgegen ihrer Kernbotschaft sind Kommunismus und Faschismus nämlich nicht bloß ganz unterschiedlich – durch eine soziale Revolution in Russland, aber die freiwillige Übergabe der Regierungsgeschäfte an Mussolini und Hitler in Deutschland bzw. Italien – an die Macht gelangt, sondern haben diese auch ganz unterschiedlich wieder verloren: Während die „rechte Spielart des Totalitarismus“ 1945 ein durch ihren barbarischen Angriffs-, Eroberungs- und Vernichtungskrieg zerstörtes Europa hinterließ, trat die „linke Variante des Totalitarismus“ 1989/90 trotz der Verfügung über ein riesiges (Atom-) Waffenpotenzial ab, ohne den geringsten militärischen Widerstand zu leisten, wenn man einmal von Rumänien absieht.

Die beliebteste, aber leicht durchschaubare Schutzbehauptung der Extremismus- und Totalitarismustheoretiker lautet, man setze so unterschiedliche Systeme wie den Nationalsozialismus und den Kommunismus gar nicht gleich, sondern vergleiche sie nur, was schließlich erlaubt sein müsse. Tatsächlich ist es legitim, alles Mögliche miteinander zu vergleichen, auch die PDS oder DIE LINKE und die REPublikaner, die DVU bzw. die NPD. Entlarvend ist, was da auf welche Art miteinander verglichen wird. Man kann unter dem Oberbegriff „Krankheiten“ auch Hautkrebs und Hühneraugen miteinander vergleichen; dies wird aber kein seriöser Mediziner tun. Vergleiche, die formale Ähnlichkeiten von Herrschaftsregimen überbewerten und inhaltliche Gegensätze herunterspielen, sind interessengeleitet und tragen zur Klärung von wichtigen Sachverhalten und Zusammenhängen kaum etwas bei. Wer die DDR als „zweite deutsche Diktatur“ bezeichnet, sie mehr oder weniger offen mit dem sog. Dritten Reich gleichsetzt und Erich Honecker in die Nähe Adolf Hitlers rückt, verharmlost damit nicht bloß – vielleicht ungewollt – den Wilhelminismus, sondern auch den Nationalsozialismus.

Extremismus- und Totalitarismustheorien erklären absolut nichts, vernebeln vielmehr alles, was zu kennen wichtig ist, um die genannten Phänomene mit Erfolg bekämpfen zu können: die sozialökonomischen Entstehungsursachen, das Wesen und die Wurzeln von Rechtsextremismus, Faschismus und (gewalttätigem) Neonazismus. Selbst politische Ziele und Motive der

Personen, die als „Fundamentalisten“ oder „Terroristen“ etikettiert werden, bleiben vage, wenn vorrangig die Mittel, deren sie sich bedienen, für einen Vergleich herangezogen werden, der die Gleichsetzung ansonsten völlig unterschiedlicher, ja gegensätzlicher Akteursgruppen bezweckt. Entscheidend ist letztlich immer, warum eine politische Strömung entsteht, welche Interessen sie vertritt und wogegen sie angeht bzw. aufbegehrt. Wie sie ihre Ziele zu erreichen sucht, ist keineswegs irrelevant, wird aber maßgeblich davon beeinflusst.

Sowenig die Extremismustheorie eine Analyse des Rechtsextremismus ermöglicht, sowenig verfügen ihre Vertreter über den Willen und eine geeignete Strategie, ihn zu bekämpfen. Sie setzen im Wesentlichen auf den Staat, genauer: einen starken Staat in Form einer „wehrhaften Demokratie“, die rechte und linke Extremisten aus dem öffentlichen Dienst heraushalten soll (Berufsverbotspraxis). Wer – wie es die Extremismustheorie verlangt – nach zwei Seiten zugleich schaut, haut nie gezielt und trifft kaum seinen eigentlichen Gegner. Wer gleichermaßen nach links- und rechtsaußen starrt, verliert die Entwicklung in der politischen Mitte als mögliche Hauptbedrohung für die Demokratie zwangsläufig aus dem Blick.

Rechtsextremismus im Zeichen von Globalisierung und deutscher Vereinigung

Versteht man unter Globalisierung einen Prozess, der nationalstaatliche Grenzen überschreitet und der Tendenz nach überwindet, zur Ausweitung wie zur Intensivierung wissenschaftlich-technischer, ökonomischer, politischer, sozialer bzw. kultureller Beziehungen zwischen den Kontinenten führt und zum Schluss den ganzen Erdball umspannt, bleibt auch der moderne Rechtsextremismus davon nicht unberührt, sondern wird auf drei Ebenen erfasst:

1. Aufgrund der Globalisierung verändern sich die gesellschaftlichen Rahmen-, Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen des Rechtsextremismus. Durch die ökonomische Globalisierung und die damit einhergehenden sozialen Verwerfungen gewinnen rechtsextreme Organisationen bzw. Parteien viele neue Anhänger, Mitglieder und Wähler, verbessern sich aber auch ihre politischen Handlungsmöglichkeiten.
2. Der organisierte Rechtsextremismus „globalisiert“ sich, indem er transnationale Netzwerke schafft und die Barrieren der Kooperation mit ausländischen Gesinnungsgenossen niederreißt.
3. „Globalisierung“ wird selbst zum Gegenstand der rechtsextremen

Agitation und Propaganda, was Markt, Leistung und Konkurrenz für Neurechte zur politisch-ideologischen Trennlinie macht, an der sich Freund und Feind scheiden.

Rechtsextremismus ist – wie alle politischen Phänomene – nicht von den jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen abzulösen, sondern nur im Kontext der aktuellen Weltmarktdynamik zu verstehen. Um die richtigen, Erfolg versprechenden Strategien gegen den Rechtsextremismus entwickeln zu können, braucht man deshalb Kenntnisse seiner Rolle im bzw. für den gegenwärtigen Kapitalismus. In letzter Zeit werden die Zusammenhänge zwischen der Globalisierung, neoliberaler Ideologie und rechtsextremer Mobilisierung in der Fachdiskussion häufiger thematisiert, nachdem sie im Rahmen wissenschaftlicher Analysen zum organisierten Rechtsextremismus lange höchstens eine Nebenrolle gespielt hatten. Während die organisatorische Ebene hier weniger interessiert, obwohl dort momentan für den Rechtsextremismus gleichfalls wichtige Veränderungen stattfinden, stehen die inhaltliche und die Wirkungsebene im Mittelpunkt der folgenden Betrachtungen, weil sie das Fundament einer Ursachenanalyse bilden.

Der modernisierte Rechtsextremismus verklammert Wohlstandschauvinismus und Wirtschaftsliberalismus in einer Weise miteinander, die ich als „Standortnationalismus“ bezeichne. Neben den ökonomischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die im Zuge der Globalisierung eine neue Gestalt annehmen, prägt die politische Kultur eines jeden Landes seine extreme Rechte, deren Ideologie, Organisationsstrukturen und Führerpersönlichkeiten, aber auch die Art und Weise, wie ihnen demokratische Kräfte begegnen. Erblasten der politischen Kultur in Deutschland waren und sind zum Teil noch immer: ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken, die Fixierung auf Staat (Etatismus) und Obrigkeit (Untertanenmentalität), politischer Konformismus und übertriebene Harmoniesucht, Autoritarismus und Antipluralismus, Antiintellektualismus und Irrationalismus, ein Hang zum (rechtlichen) Formalismus, die preußische Ordnungsliebe sowie eine Schwäche vieler Männer für militärische Disziplin. Sie gipfelten in einem aggressiv-militanten Nationalismus, weil Deutschland als „verspätete Nation“ (Helmuth Plessner), von der Ungleichzeitigkeit zwischen Industrialisierung und Demokratisierung geprägt, wenn nötig auch mit Waffengewalt einen „Platz an der Sonne“ – das meinte: Weltmachtstatus – zu erlangen suchte.

Trotz verheerender Niederlagen in zwei Weltkriegen wurzelt der Glaube, dass „wir Deutsche“ ein besonders fleißiges, tüchtiges und begnadetes Volk seien, noch immer tief im Massenbewusstsein. Eine Renaissance des Nationalismus setzte nicht erst mit der DDR-„Wende“ im Herbst 1989 und der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990, sondern bereits nach dem Re-

gierungswechsel im Oktober 1982 ein, als sich die CDU/CSU/FDP-Koalition der sog. Deutschen Frage zuwandte und diese in „Berichten zur Lage der Nation“ wieder für offen erklärte. Wenig später hielt das Deutschlandlied (oft mit allen drei Strophen) in Schulbücher, Klassenräume, Fußballstadien sowie Sendeanstalten Einzug. Die deutsche Vereinigung hat den Nationalismus wieder zu einer relevanten Größe gemacht. Obwohl es keinen „Nationalrausch“ (Wolfgang Herles) gab, bekamen Kräfte spürbar Auftrieb, denen „das Nationale“ immer schon mehr als „das Soziale“ am Herzen gelegen hatte. Zwar konnten REPublikaner, DVU und NPD von dem „Jahrhundertereignis“ nicht profitieren, allerdings hat unterschwellig eine Renationalisierung der Politik und der politischen Kultur stattgefunden. Aufgrund seiner enormen Wirtschaftskraft, den Mythos des „Exportweltmeisters“ und die Auslandseinsätze der Bundeswehr bestärkt, wird Deutschland von Millionen Menschen erneut als potenzielle Weltmacht begriffen, was es Rechtsextremisten und Neonazis erleichtert, mit ihrem Chauvinismus an öffentliche Mainstream-Diskurse anzuknüpfen.

Finanzmarktkrise, Massenarbeitslosigkeit und Armutsentwicklung

Seit die Bankenkrise mit dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008 globale Dimensionen angenommen hat, deutet vieles darauf hin, dass sich die soziale Zerklüftung der Gesellschaft erheblich verschärfen wird. Man muss kein Prophet sein, um vorausagen zu können, dass mit der Arbeitslosigkeit auch die Armut im Gefolge der globalen Finanz-, Wirtschafts- und Währungskrise stark zunehmen wird. Lohndumping fällt in Krisenzeiten leichter, sodass künftig noch erheblich mehr Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnssektor angesiedelt sein dürften. Zu den fatalen Folgen der Weltfinanzwirtschaftskrise könnten eine auf Rekordniveau steigende Arbeitslosigkeit, die zunehmende Verelendung von Millionen Menschen, eine dramatische Verschuldung aller Gebietskörperschaften des Staates, d.h. „öffentliche Armut“ in einem vorher nicht bekannten Ausmaß gehören. Gleichzeitig wird sich der Reichtum wahrscheinlich noch stärker bei wenigen Kapitalmagnaten, Finanzinvestoren, Investmentbankern und Großgrundbesitzern sammeln, wenn dem nicht energisch entgegengesteuert wird.

Während die das Krisendebakel wesentlich mit verursachenden Hasardeure und Spekulanten mittels des beim Bund angesiedelten „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ (SoFFin) aufgefangen werden, müssen die Mittelschicht, Arbeitslose und Arme jene Suppe, die Banker und Börsianer der gesamten Bevölkerung eingebrockt haben, vermutlich einmal mehr auslöf-

feln. Wenn die privaten Banken den für sie bürgenden Staat zur Kasse bitten und ihn die Vermögenden immer weniger mitfinanzieren, wird für die sozial Benachteiligten und die wirklich Bedürftigen kaum noch Geld übrig bleiben. Zusammen mit der im Grundgesetz verankerten „Schuldenbremse“ führen Bürgschaften und Kredite in Milliardenhöhe zu überstrapazierten Haushalten, wodurch sich „Sparmaßnahmen“ natürlich eher als sonst legitimieren lassen.

Die neue Bundesregierung wird höchstwahrscheinlich der Versuchung erliegen, Kürzungen im Sozialbereich vorzunehmen, wo die Macht der Verbände gering ist und noch genug Haushaltsmittel zur Disposition stehen. Aufgrund der sich abzeichnenden harten Verteilungskämpfe um die knappen Finanzmittel des Staates dürfte das soziale Klima hierzulande erheblich rauer werden. Bereits seit geraumer Zeit mehren sich die Anzeichen für eine „härtere Gangart“ gegenüber den Armen. Mit der US-Amerikanisierung des Sozialstaates durch die sog. Hartz-Gesetze geht womöglich nicht nur eine US-Amerikanisierung der Sozialstruktur (Polarisierung von Arm und Reich sowie Pauperisierung großer Teile der Bevölkerung und Prekarisierung der Lohnarbeit) sondern auch eine US-Amerikanisierung der (sozial)politischen Kultur einher.

Während so getan wird, als habe die Regierung das Problem der kollabierenden Finanz- und Arbeitsmärkte im Griff, breitet sich die soziale Unsicherheit aus und man transformiert die Bundesrepublik zum „Sicherheitsstaat“ (Joachim Hirsch). Zwischen dem Schwinden der staatlichen Autorität im ökonomischen Bereich, die im Gefolge der Finanzmarktkrise nunmehr erst wieder mühselig rekonstruiert werden muss, und ihrer Stärkung im Hinblick auf die Durchsetzung einer bestimmten Sozial- und Moralordnung besteht nur scheinbar ein Widerspruch. Auch in der Bundesrepublik scheint sich die gesellschaftliche Akzeptanz von Armut und sozialer Ausgrenzung während der letzten beiden Jahrzehnte erhöht zu haben, während die Akzeptanz der Armen selbst aufgrund des sich ausbreitenden Wohlstandschauvinismus, Sozialdarwinismus und Standortnationalismus zurückgegangen ist.

Folgen der Weltwirtschaftskrise für die Demokratie: Rechtsextremisten als Krisengewinnler?

Massenarbeitslosigkeit und -armut, die zu den unvermeidlichen Begleiterscheinungen einer tiefen Erschütterung der Weltwirtschaft gehören, schaffen nicht bloß besser geeignete Rahmenbedingungen zur Errichtung eines neoliberalen Strafrechtsstaates bzw. autoritärer Verwaltungsstrukturen, sondern auch weitere politisch-ideologische Zugänge zum Rechtsextremis-

mus bzw. -populismus. Wenn sich bei der tendenziell erodierenden Mittelschicht die Furcht ausbreitet, in den von der globalen Finanzmarktkrise erzeugten Abwärtssog hineingezogen zu werden, sind irrationale Reaktionen und Rechtstendenzen mehr als wahrscheinlich. Ohne historische Parallelen überstrapazieren und durch den Blick zurück die aktuelle Krisensituation dramatisieren zu wollen, denkt man unwillkürlich an die Weltwirtschaftskrise gegen Ende der 1920er-/Anfang der 1930er-Jahre. Damals leiteten Bankpleiten und Börsenzusammenbrüche international den Niedergang von Unternehmen und riesige Entlassungswellen ein, die Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau sowie Not und Elend großer Bevölkerungskreise nach sich zogen, bevor der NSDAP und ihrem „Führer“ Adolf Hitler am 30. Januar 1933 die Machtübernahme gelang. Der schnelle Aufstieg des Nationalsozialismus wäre ohne diese spezifischen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen kaum möglich gewesen.

Ähnlich groß ist heute die Gefahr für die Demokratie, wenn der Sozialstaat erneut durch eine Weltwirtschaftskrise und einen drastischen Beschäftigungseinbruch unter Druck gerät. Nie gestaltet sich der geistig-politische Nährboden für Rechtsextremisten günstiger, als wenn diese auf die „Juden von der amerikanischen Ostküste“ verweisen und vom sozialen Abstieg bedrohten Gesellschaftsschichten geeignete Sündenböcke präsentieren können. Wenn sich bei der ohnehin erodierenden Mittelschicht die Furcht ausbreitet, in den von der Finanzkrise erzeugten Abwärtssog hineingezogen zu werden, sind irrationale Reaktionen und politische Rechtstendenzen mehr als wahrscheinlich. Davon könnte wiederum ein Signal an die Eliten ausgehen, das bestehende Gesellschaftssystem durch autoritäre Herrschaftsformen zu konsolidieren. Sofern das parlamentarische Repräsentativsystem in einer solchen Umbruchsituation scheinbar blockiert und durch seine Hilflosigkeit gegenüber Krisenerscheinungen der Ökonomie diskreditiert ist und die Politik der etablierten Parteien als durch mächtige Lobbygruppen korrumpiert gilt, haben rechtsextreme bzw. -populistische Gruppierungen relativ gute Chancen, sowohl mehr Stimmen bei Wahlen als bisher wie auch eine größere außerparlamentarische Mobilisierungsfähigkeit und eine höhere Durchschlagskraft zu gewinnen. Umso notwendiger sind die Aufklärung der Öffentlichkeit über Hintergründe des Armutsproblems sowie eine Mobilisierung gegen die aktuellen Tendenzen zur Pauperisierung, sozialen Polarisierung und Prekarisierung.

Die Krise des organisierten Rechtsextremismus

Wie ist die Tatsache zu erklären, dass der organisierte Rechtsextremismus trotz einer globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, die viele Menschen

verunsichert und das deutsche Regierungs- und Parteiensystem auf eine harte Bewährungsprobe stellt, bisher nicht erstarkt? Das organisatorische Potenzial, die personellen Ressourcen und der programmatische Ideenreichtum des Rechtsextremismus halten bei weitem nicht mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die ihn auf absehbare Zeit eher beflügeln dürften, Schritt: der globalen Wirtschaftskrise, den sich daraus ergebenden sozialen Verwerfungen und den autoritären Krisenlösungen begünstigenden Traditionslinien der politischen Kultur. Personelle, programmatische und parteiorganisatorische Schwächen des Rechtsextremismus hindern ihn daran, die für ihn günstige Konjunkturschwäche auszunutzen.

Dies gilt besonders für die NPD als parteipolitische Führungskraft des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik: Da sie aufgrund der Untreue ihres früheren Schatzmeisters und Voigt-Vertrauten Erwin Kemna, einer Spendenaffäre und falschen Angaben im Rechenschaftsbericht sowie hoher Rückzahlungsforderungen der Bundestagsverwaltung an Wahlkampfkostenerstattung, die dadurch ausgelöst wurden, selbst in einer tiefen Finanzkrise steckt, gelang es ihr bisher so gut wie überhaupt nicht, Kapital aus der globalen Finanzkrise zu schlagen, und noch weniger, glaubwürdig öffentlich darzulegen, welche gesellschaftspolitischen Alternativen dazu sie vertritt. Rabiat ausgetragene Richtungskämpfe, persönliche Intrigen und offene Zerwürfnisse innerhalb des kleinen Führungskaders, die bis zu einer Kampfkandidatur zwischen Voigt und Udo Pastörs, dem Fraktionschef im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, um den Parteivorsitz eskalierten, lähmen die NPD ausgerechnet zu einer für sie extrem günstigen Zeit sozial-ökonomischer Krisenhaftigkeit.

Gegen Ende des 20./Anfang des 21. Jahrhunderts rückte die völkische Kapitalismuskritik wieder stärker in das Blickfeld der Rechtsextremisten, was sich in einem Strategiewechsel von Gruppierungen wie der NPD und einer thematischen Schwerpunktverschiebung von der „Ausländer-“ zur „sozialen Frage“ niederschlug. Freilich hat die soziale Frage, mit der sich die Not von Millionen Erwerbslosen, Niedriglöhner(inne)n und armen Familien verbindet, im rechtsextremen Politikmodell keinen Eigenwert; sie ist der nationalen Frage, verstanden als Auftrag zur Bildung einer „Volksgemeinschaft“, vielmehr total untergeordnet. Ginge es nach der NPD, würden die Deutschen nach diesem historischen Vorbild heute eine „Schutz- und Schicksalsgemeinschaft“ bilden, um in deren Schoß den Stürmen der ökonomischen Globalisierung standhalten zu können.

Am 15. Januar 2005 schlossen NPD und DVU einen „Deutschland-Pakt“, in dem sie genau festlegten, welche der beiden Parteien bis 2009 bei welcher Wahl antritt. Vermieden werden sollte durch den Verzicht der jeweils

anderen auf eine separate Kandidatur, dass man sich gegenseitig die Stimmen wegnimmt. Gedacht war an eine „Volksfront von rechts“, die auch unorganisierte Neonazis und Kooperationswillige aus der gewaltbereiten Kameradschaftsszene mit einschloss. Historisch stand dabei offenbar die Harzburger Front, in der sich am 11. Oktober 1931 Nationalsozialisten, Deutschnationale und „Stahlhelm“-Mitglieder zum Sturm auf die Weimarer Republik rüsteten, Pate. Allerdings hielt das Bündnis wieder nicht lange: Bei der Landtagswahl in Thüringen am 30. August 2009 kandidierte die NPD statt – wie vorgesehen – die DVU, und bei der Landtagswahl in Brandenburg am 27. September 2009 wie auch bei der Bundestagswahl am selben Tag kandidierten beide Parteien wieder gegeneinander. Offenbar versucht die NPD, der DVU das Wasser endgültig den Garaus zu machen, nachdem diese nicht mehr von Gerhard Frey geführt wird, Geldsorgen hat und in größeren Orientierungsproblemen steckt.

Dass alle drei rechtsextremen Parteien, die sich an der Bundestagswahl beteiligten, miserabel abgeschnitten haben und zum Teil marginalisiert worden sind (NPD: 1,5 Prozent; REPublikaner: 0,4 Prozent; DVU: 0,1 Prozent der Zweitstimmen), sollte keine vorschnelle Entwarnung nach sich ziehen und nicht dazu verleiten, das Problem zu verharmlosen. Denn die Weltwirtschaftskrise ist bei vielen Menschen, denen es relativ gut geht, noch gar nicht angekommen, und die extreme Rechte muss sich erst noch reorganisieren, wenn sie mehr Erfolg haben und größeren Einfluss auf Politik, Staat und Gesellschaft gewinnen möchte.

Literatur

Butterwegge, Christoph: Rechtsextremismus, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien 2002

Butterwegge, Christoph (u.a.): Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen 2002

Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.): Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen/Farmington Hills 2008

Prof. Dr. Christoph Butterwegge lehrt Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Seine letzte Buchveröffentlichung zum Thema: „Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz“, Opladen/Farmington Hills 2008

Einleitung

Der Ausdruck „Globalisierung“ hat in den 1990er Jahren eine atemberaubende Karriere als Schlagwort in Politik, Medienöffentlichkeit und Wissenschaft durchlaufen,¹ auch wenn sein Bedeutungsgehalt angesichts der hochgradigen Komplexität der damit angesprochenen Prozesse schillert. Gemeint ist meist die nicht zuletzt durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt begünstigte und getriebene Zunahme der Verflechtung der sozialen Systeme dieses Planeten, die dazu führt, dass Ereignisse und Vorgänge in einem Erdteil rascher als jemals zuvor auf andere Erdteile zurückwirken und einschneidende Folgen zeitigen können – im Positiven wie im Negativen. Allerdings hat der Bedeutungszuwachs einer weit überwiegend von der politischen Linken getragenen, teils fundamentalen Globalisierungskritik, die mit den Protesten gegen die WTO-Konferenz in Seattle vom Dezember 1999 eine neue Qualität erlangte,² wesentlich dazu beigetragen, dass die potentiell schädlichen und gefährlichen Begleiterscheinungen der Globalisierung weit stärker in das öffentliche Bewusstsein gedrungen zu sein scheinen als die nützlichen und vorteilhaften. So ist „Globalisierung“ vielfach zum Synonym für vielerlei Bedrohungen geworden, die von selbsternannten Unheilspropheten nicht selten bis ins Apokalyptische zugespitzt werden. Während sich eine links-extreme Globalisierungskritik jedoch wesentlich auf spezifische Formen der Globalisierungsprozesse (wie die Verwertungslogik des Kapitals, die Macht transnationaler Konzerne, die Formen des ökonomischen Wettbewerbs und ungleiche Besitzverteilung) konzentriert, die damit einhergehende Internationalisierung aber nicht prinzipiell ablehnt, geht die rechtsextreme Globalisierungskritik einen Schritt weiter, indem sie den Prozess gradueller Denationalisierung grundsätzlich in Frage stellt. Der rechtsextreme Antiglo-



1 Für Deutschland lässt sich die Verbreitung etwa anhand der Zahl der Nennungen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung belegen. Sie stieg von 34 im Jahr 1993 auf 1136 im Jahr 2001. Vgl. Schlussbericht der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“, Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/92000, Berlin 2002, S. 49.

2 Vgl. nur Patrick Moreau/Eva Steinborn, Die Bewegung der Altermondialisten – Eine Gefahr für die Demokratie?, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen 2006, S. 147-177.

balismus kann insofern mit gewissem Recht von sich behaupten, die konsequentere Form der Globalisierungskritik zu sein.

Dieser Beitrag geht zunächst der Frage nach, wie die rechtsextreme Programmatik, Propaganda und Publizistik in Deutschland den Begriff der „Globalisierung“ fasst und welche Rolle er im weltanschaulichen Gefüge spielt. Dabei werden zunächst das Selbstverständnis und die Ideologieproduktion der NPD beleuchtet, was angesichts der herausragenden Bedeutung der Partei innerhalb des so genannten „nationalen Lagers“ gerechtfertigt erscheint. Danach sei die Frage behandelt, inwiefern dieses Selbstverständnis für die verschiedenen Gruppierungen am rechten Flügel des politischen Spektrums charakteristisch ist, wo Gemeinsamkeiten liegen und wo kontroverse Positionen aufeinanderstoßen. Abschließend wird untersucht, in welcher Weise die NPD und andere rechtsextreme Gruppierungen die Globalisierungsthematik in der Finanz- und Wirtschaftskrise politisch auszunutzen versuchen und welche Konsequenzen sich daraus für die Einschätzung des rechtsextremen Gefährdungspotenzials ergeben.

Zur Entwicklung des Antiglobalismus der NPD

Die NPD hat sich der Globalisierungsthematik lange vor Ausbruch der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise angenommen. Im neue Parteiprogramm, das Ende 1996 nach dem von Udo Voigt, dem neugewählten Bundesvorsitzenden, herbeigeführten Richtungswechsel verabschiedet wurde, war der „Globalisierung“ bereits ein längerer Abschnitt unter Punkt 5. „Die raumorientierte Volkswirtschaft“ gewidmet. Dessen Aussagen heben sich mit ihrer scharfen und grundsätzlichen Kapitalismuskritik vom programmatischen Profil der Konkurrenzparteien REP und DVU ab, die das Globalisierungsthema erst viel später für sich entdecken sollten.³ Im NPD-Parteiprogramm heißt es: „Die NPD lehnt die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung systematisch betriebene Internationalisierung der Volkswirtschaften entschieden ab. Diese Globalisierung der Wirtschaft beruht auf dem überholten und falschen Ziel der maximalen Ausbeutung der Erde durch Schaffung von wirtschaftlichen Monokulturen gemäß dem sogenannten ‚Gesetz der komparativen Vorteile‘. Die NPD lehnt die Globalisierung der deutschen Wirtschaft auch deswegen ab, weil die unmittelbar zur Massenwerbslosigkeit geführt hat.“⁴

³ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, *Globalisierung als Agitationsthema des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland. Eine Analyse zu inhaltlicher Bedeutung und ideologischen Hintergründen*, in: Thomas Greven/Thomas Grunke (Hrsg.), *Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung*, Wiesbaden 2006, S. 30-51, hier S. 31-33.

⁴ NPD. *Die Nationalen, Parteiprogramm*, Berlin 1997, Punkt 5. (unpaginiert).

Die Deutung der Globalisierung als Fehlentwicklung der „kapitalistischen Wirtschaftsordnung“ fügte sich in die programmatische Neuausrichtung der Partei ein, die in den folgenden Jahren soziale Themen mit revolutionärer Rhetorik in den Mittelpunkt rückte. Überläufer von weit links trugen zur antiimperialistischen Profilierung bei. In Sachsen half der ehemalige Professor für „dialektischen und historischen Materialismus“, Michael Nier, der Partei bei der Analyse der Entwicklung des Kapitalismus ideologisch auf die Sprünge.⁵ Und der ehemalige RAF-Gründer Horst Mahler avancierte nach einem langen politischen Irrlauf am linken Narrensaum des politischen Spektrums und einer Zwischenstation bei Günter Rohrmosers konservativem Zirkel in Würzburg⁶ zeitweilig zum programmatischen Berater der NPD-Führung. Auf dem Parteitag des baden-württembergischen Landesverbandes durfte er im April 1999 eine Grundsatzrede halten: „Der Globalismus als höchstes Stadium des Imperialismus erzwingt die Auferstehung der deutschen Nation.“⁷

Eine großangelegte verschwörungstheoretische Ausdeutung des „Globalismus“ findet sich in Horst Mahlers Stellungnahme zu den Verbotsv Verfügungen der Bundesregierung, des Bundestages und des Bundesrates vom August 2002. Hier werden bekannte Versatzstücke linksextremer Imperialismustheorie, wie sie in den von Mahler in den sechziger und siebziger Jahren frequentierten Formationen kursierten, zu einer neuen ultranationalistischen, antiamerikanischen und antisemitischen Melange verrührt. Im „Zentrum des Globalismus“⁸ steht der US-amerikanische Geheimdienst CIA, der im Zusammenspiel mit dem israelischen Geheimdienst Mossad und deutschen Sicherheitsdiensten mittels Infiltration, Meinungsmanipulation und gezielter Herbeiführung von Bedrohungsszenarien und im Geiste und Interesse des jüdischen „Mammonismus“⁹ dafür sorgt, dass „die Menschen zu ratlosen und handlungsunfähigen Opfern einer weltweit hauchdünnen Schicht von vielleicht 600.000 skrupellosen Verbrechern“¹⁰ werden.

5 Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, *Verfassungsschutzbericht 1999*, Dresden 2000, S. 124.

6 Vgl. Eckhard Jesse, *Biographisches Porträt: Horst Mahler*, in: Uwe Backes/ders. (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 13, Baden-Baden 2001, S. 183-199.

7 Horst Mahler, *Der Globalismus als höchstes Stadium des Imperialismus erzwingt die Auferstehung der deutschen Nation*, in: <http://www.unser-land.de/archiv/redemahlernpd.html> [20.08.2000].

8 Horst Mahler, *Stellungnahme der Antragsgegnerin zum Schriftsatz der Antragsteller vom 26. Juli 2002 (Teil A) und zu den Schriftsätzen der Antragsteller vom 19. Dez. 2001 und 8. Februar 2002 (Teil B)*, Berlin, 30. Aug. 2002, S. 13.

9 Ebd., S. 71.

10 Ebd., S. 22.

Mit solchen Elaboraten hat Mahler die NPD im Verbotsverfahren auf eine Weise verteidigt, dass man den Eindruck gewinnen konnte, er wolle den Antragstellern zusätzliches Beweismaterial liefern. Wer sich unter den NPD-Verteidigern noch einen Rest von praktischer Urteilskraft bewahrt hatte, musste Mahlers Auslassungen als kontraproduktiv ansehen. Die NPD-Führung hielt dennoch an ihrem Verteidiger fest. Es war Mahler, der der Partei aus freien Stücken den Rücken kehrte, weil er sie inzwischen gleichsam rechts überholt hatte – ein Kunststück, das nur einem „ideellen Universalextrémisten“¹¹ wie Mahler gelingen konnte.

In welchem Maße Mahlers Ideologieproduktion Niederschlag in der Parteiprogrammatik gefunden hat, ist nicht leicht zu beurteilen. Die Melange von Kapitalismuskritik, Antiamerikanismus und hegelianisch-welthistorisch ausgedeutetem Antijudaismus findet sich später nicht 1:1 wieder, dürfte aber in verschwörungstheoretische Konglomerate anderer Parteintellektueller eingeflossen sein, die sich dank des frischen Mittelzuflusses nach dem Einzug in den Sächsischen Landtag in Dresden und Riesa, dem Redaktionsitz des Parteiorgans „Deutsche Stimme“, versammelten. Sie findet sich in abgewandelter Form etwa in der vollmundigen Proklamation einer „Dresdner Schule“, mit der der junge Historiker Jürgen Gansel, NPD-Landtagsabgeordneter in Sachsen und Vertreter der Partei im Kuratorium der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, den „Globalisten“ in Washington, New York und Israel¹² den Kampf ansagte.

Den bisherigen Höhepunkt der NPD-Antiglobalisierungskampagne bildete der Protest gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. Hier war die Partei bemüht, sich als die einzige authentische Kraft im Kampf gegen die Globalisierung zu präsentieren. In einer Nachbetrachtung hieß es, die Anliegen der „linken Heerscharen für eine ‚bessere‘ Globalisierung“ hätten „vermummte Gewaltfetischisten mit wehenden roten Fahnen“ zutiefst diskreditiert. Dagegen sei die NPD als „großer politischer Sieger aus dem Gewoge der Anti-G8-Proteste“ hervorgegangen, „weil sich Nationalisten durch antiglobalistische Massenpublikationen, parlamentarische Initiativen und außerparlamentarische Protestformen als seriöse Anwälte sozialer Volksinteressen profilieren konnten und ihre Botschaft nationaler statt internationaler Solidarität im Gegensatz zu Krawall-Linken überall gewaltfrei vertraten.“¹³ Mit „freien Kräften“ des „Nationalen Widerstands“ hatte die NPD im Vorfeld

¹¹ So Jesse, *Biographisches Porträt*, S. 190.

¹² Vgl. Jürgen Gansel, *Frankfurt war gestern, Dresden ist heute – Denk und Politikschule einer selbstbewusstesten Nation*, http://www.sachsen.npd.de/npd_sa_startseiten/aktuell.html [3. Mai 2005].

¹³ Jürgen Gansel, *NPD profiliert sich als gewaltfreie Anwältin der Volksinteressen* (9. Juni 2007), http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=859 (08.08.2007).

der Protestereignisse eine „Gib8“-Kampagne gestartet. An mehreren „Aktionstagen“ organisierte sie an verschiedenen Orten Informationsstände. In dem Faltblatt „Globalisierung stoppen!“ prangerte sie die Strategen und Vordenker einer Weltwirtschaftsordnung an, die „sich an Profiten für Banken und Großkonzerne orientiert und an den Interessen der Völker vorbeigeht“. Im Sinne einer „national-antiglobalistischen Grundhaltung“ propagierte sie das Konzept der „raumorientierten Volkswirtschaft“ und forderte den Verzicht auf „jegliche multikulturelle Utopien“: „Unterstützen Sie unsere konstruktive Arbeit für Volk und Heimat und erteilen Sie dem Globalismus sowie auch allen internationalistischen Weltbeglückungsutopisten eine Absage.“¹⁴ Allerdings blieb die Mobilisierungswirkung der NPD-Kampagne weit hinter derjenigen linker Globalisierungskritiker zurück. Mehr noch: Sie erntete eine massive Gegenmobilisierung mit teilweise abträglichen rechtlichen Konsequenzen: So wurde eine von der NPD in der Schweriner Innenstadt für den 2. Juni geplante Demonstration unter anderem mit dem Argument verboten, diese sei ein „Magnet für gewaltbereite Personen aus der linken Szene“.¹⁵

Charakteristik des NPD-Antiglobalismus

„Globalisierung“ ist für die NPD ausschließlich negativ besetzt – eine katastrophale Fehlentwicklung, der energisch entgegengewirkt werden muss. „Globalisierung“ bedeutet Niedergang, Abstieg, Zerrüttung und Zerstörung. Den Kern des Globalisierungsprozesses bildet aus NPD-Sicht der Prozess der Denationalisierung, der Unterminierung der Grundlagen der Nationen und Nationalstaaten. Als dessen Hauptursache sieht sie im neuen Bundestagswahlprogramm – wie in vorherigen Ausarbeitungen – einen „sozial entpflichteten Haifischkapitalismus“ und die „Politik offener Grenzen und ungehemmten Verkehrs von Wirtschaftsgütern, Kapital, Dienstleistungen und Menschen“. Um die Begleiterscheinungen dieser Fehlentwicklung wie „Niedriglöhne, wirtschaftliche Unsicherheit, Arbeitslosigkeit und Armut“ zu beseitigen, bedarf es der Ausrichtung der Volkswirtschaft „an den räumlichen Bedingungen unseres Landes und den Bedürfnissen unseres Volkes“.¹⁶ In der von Jürgen Gansel verfassten, 2006 innerparteilich verbreiteten „Handreichung“ für „Kandidaten und Funktionsträger“ heißt es in diesem Sinne globalisierungskritisch komprimiert: „Mit ihrem Angriff

14 NPD, *Globalisierung stoppen!*, Faltblatt, Berlin 2007.

15 „NPD-Demo bleibt verboten“, Pressemitteilung des Oberverwaltungsgerichts Mecklenburg-Vorpommern vom 8. Juni 2007.

16 Bundestagswahlprogramm 2009. NPD: *Deutschlands starke Rechte*, Berlin 2009, unpaginiert, Punkt 2. „Wirtschaft“.

auf das Territorialprinzip, Souveränitätsprinzip und Legalitätsprinzip der Nationalstaaten zerstört die Globalisierung die einzig vorstellbaren geopolitischen Räume der Volksherrschaft zugunsten anonymer, supranationaler Machtstrukturen.“¹⁷

Der Verweis auf das Territorium und den geopolitischen Raum umfasst in diesem Verständnis mehr als die beiden Grundvoraussetzungen von Staatlichkeit: das Staatsgebiet und das darin lebende Staatsvolk. Vielmehr sind „Blut und Boden“ in spezifischer Weise miteinander verbunden. Im Ultrationalismus der NPD fließen Nation und Volk, Ethnos und Demos zusammen. So heißt es im geltenden Grundsatzprogramm: „Die politische Organisationsform eines Volkes ist der Nationalstaat, in dem ein Volk seine Werte pflegt, seine Sicherheit gewährleistet, seine Zukunft sichert und die materiellen Voraussetzungen seines Lebens garantiert. Deutschland ist das Land der Deutschen und somit die Heimstatt unseres Volkes. Die Erhaltung unseres Volkes und der Schutz für alle seine Teile sind die höchsten Ziele deutscher Politik.“¹⁸ „Volk“ wird hier nicht bloß im Sinne von „Demos“ (Staatsvolk, Staatsbürgerschaft), sondern als „Ethnos“, als eine biologisch gewachsene Einheit, verstanden. Die Familie ist „Träger des biologischen Erbes“.¹⁹ Im „Politischen Lexikon“, das die NPD auf ihrer Homepage verbreitet hat, treten Volk und Nation in folgender Weise in Beziehung: „Ein Volk wird zur Nation, wenn es sich seines politisch-kulturellen Eigenwertes bewusst wird und sein Dasein als selbständige sichtbare Ganzheit bejaht. Das Volk liefert dazu den biologisch, geschichtlich und kulturellen Ausgangspunkt.“ Zitiert wird einer der Vordenker einer „Neuen Rechten“, Wolfgang Günther (unter dem Pseudonym Gert Waldmann): „Der Nationalismus ist die politische Ausprägung des Territorialverhaltens und dient der Arterhaltung, also einem biologischen Grundprinzip. Nationalismus ist Fortschritt im Sinne der Evolution.“²⁰ Das NPD-Leitbild einer ethnisch homogenen Nation schließt das Nebeneinander verschiedener Ethnien in einem Nationalverband logischerweise aus. „Diese Vorstellung missachtet das Recht eines Volkes, in seinem Lebensraum ausschließlich seiner eigenen Überlieferung und Lebensgestaltung Raum zu geben. [...] Nationalisten lehnen die Zusam-

17 NPD, *Argumente für Kandidaten und Funktionsträger*, 2. Aufl., Berlin 2006, S. 19.

18 Parteiprogramm, 10. Aufl., Berlin 2004 (1997), 1. Abschnitt („Grundlage des Staates ist das Volk“).

19 Ebd., 2. Abschnitt („Grundlage unseres Volkes ist die deutsche Familie“).

20 NPD, *Politisches Lexikon*, Art. „Nation, Nationalismus“. Siehe zu Günther/Waldmann vor allem: Günter Bartsch, *Revolution von rechts? Ideologie und Organisation der Neuen Rechten*, Freiburg im Brsg. 1975, S. 25 f.; Klaus Schönekäs, *Bundesrepublik Deutschland*, in: Franz Greß/Hans-Gerd Jaschke/Eders., *Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa*. Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Opladen 1990, S. 218-347, hier S. 294.

menschließung fremder Kultur- und Volksteile in die Nationalkultur ab.“²¹ Der Antiglobalismus der NPD verbindet sich also mit dem Programm einer ethnisch-biologischen Rehomogenisierung.

Der biologische Determinismus der NPD kommt in den Argumentationshilfen für Funktionäre offen zum Ausdruck: „Die Menschen leben in Völkern als organisch gewachsenen Gemeinschaften körperlich, geistig und seelisch verwandter Menschen mit gemeinsamer Sprache und Kultur, Geschichte und Tradition, Abstammung und Schicksal. Völker sind konkrete, greifbare Lebenserscheinungen, während es ‚den‘ Menschen gar nicht gibt. Es gibt den Deutschen, den Franzosen und den Türken, aber nicht ‚den‘ Menschen. Dem Menschen ‚an sich‘ kann man gar nicht begegnen, wohl aber dem Russen oder dem Chinesen. Der ‚Mensch‘ ist genauso eine Fiktion, ein Gedankengebilde und eine Illusion wie die ‚Menschheit‘. Der Mensch existiert nur in seiner je unterschiedlichen ethnisch-kulturellen Prägung und damit als Angehöriger eines bestimmten Volkes.“²²

Der Antiglobalismus der NPD versteht sich als einen „Dritten Weg“ zwischen den Extremen des Kapitalismus und des Kommunismus, zwischen Markt und Plan, Sozialismus und Nationalismus. Die Grundlage bildet auch hier „das wirkliche Menschenbild von Nationalisten. Der Dritte Weg will die Widersprüche Klasse und Nation überwinden, liberalistische Gleichmacherei wie marxistischen Kollektivismus erübrigen.“²³ Die Verbindung und Überwindung der Extreme erläutert der Historiker Jürgen W. Gansel in folgender Weise: „Wir sind rechtsradikal insofern wir die Gleichheit der Menschen, Völker und Rassen bestreiten, deshalb die Menschenrechte in ihrer liberalistischen und linken Lesart ablehnen. Wir sind linksextrem insofern wir erkennen, dass das große private Sach- und Finanzkapital durch seine maßlose Akkumulationslogik sich jeder Gemeinschaftsorientierung und raumorientierten Volkswirtschaft konsequent widersetzt, weshalb in diesem Bereich – mit dem Absturz der Globalisierung – die Enteignung unvermeidbar sein wird. Wir werden dann aber auch wieder rechtsradikal sein, wenn Linksradikale nicht zwischen mittelständischen Unternehmen und Pseudo-„Unternehmern“, das heißt zwischen Aktionären und AG-Vorstandsvorsitzenden, unterscheiden wollen (also zwischen schaffendem und raffendem

21 NPD, *Politisches Lexikon*, Art. „Multikulturell“.

22 NPD, *Argumente*, Punkt 1.11. „Die NPD spricht immer nur von Völkern. Dabei sind wir doch alle Menschen“.

23 Ebd., Art. „Dritte Position, Dritter Weg“.

Kapital). Schließlich richtet sich unser nationalrevolutionärer Radikalismus am Gemeinwohl des deutschen Volkes aus.“²⁴

Im Politischen Lexikon zeigt man sich überzeugt, bei dieser Lehre handele es sich um die einzig wahre, naturwissenschaftlich unanfechtbare Anschauung. Das „wirkliche Menschenbild“ der Nationalisten beruht auf „naturwissenschaftlich erhärtete[n] Tatsachen (etwa der Verhaltensforschung und biologischen Anthropologie) und überwindet waghalsige Vorstellungen (nach ideologischen Vorgaben rein verallgemeinernd hergeleitete Einfälle ohne Wirklichkeitsbezug). Das wirkliche Menschenbild trägt der biologischen Grundlage, der Gemeinschaftsgebundenheit und der Überlieferung der Menschen und ihrer natürlichen Ordnungsform, sowie den Völkern, Rechnung.“ Es steht in schroffem Gegensatz zu den „ersichtlich an der Wirklichkeit gescheiterten Vorstellungen, die unsere Völker fast lebensuntüchtig gemacht haben“.²⁵ Genannt werden die weltanschaulichen Hauptkontrahenten Liberalismus, Marxismus und Christentum.

Gegenüber dem Islamismus nimmt die NPD dagegen eine ambivalente Haltung ein. Im Inland bildet er einen Teil der allgegenwärtigen „Überfremdung“ und wird wie alle anderen nicht-deutschen Einflüsse entschieden abgelehnt. Im Ausland hingegen erscheint der Islamismus als potenzieller Bündnispartner im Kampf gegen die von den USA und Israel betriebene Globalisierung. Die Szene-Kommentare zu den Anschlägen vom 11. September 2001 waren in dieser Hinsicht aufschlussreich. Der stellvertretende thüringische JN-Vorsitzende Patrick Wieschke erklärte, Bin Laden stehe ihm „in seinem Freiheitskampf“ viel näher als George W. Bush. Und für den schleswig-holsteinischen NPD-Landesvorsitzenden Peter Borchert waren die Attentate ein „Befreiungsschlag“.²⁶ Noch deutlicher fiel ein Kommentar aus dem NPD-unabhängigen Nationalen Widerstand aus. Mit dem World Trade Center sei das „Symbol der weltweiten Ausbeutung und Globalisierung“ gefallen. Wenn die USA nun ihren „alttestamentarischen Hass“ in die Welt schrien, dürfe man nicht übersehen, dass diese selbst den Frieden in der Welt „so oft und brutal gebrochen“ hätten wie kein anderer Staat. Ihnen seien „Angriffskriege“ „gegen freie Völker im Irak, Serbien, Vietnam“ zur Last zu legen. Die „BRD-Prominenz“ bewiese mit ihrer „Unterwürfigkeit“ nur, dass Deutschland „zu einem Satellitenstaat der USA verkommen“²⁷ sei.

24 Jürgen Schwab, *Nationaler Antikapitalismus*, in: *Hier & Jetzt*, Nr. 6/2007, S. 10-14, hier S. 13.

25 NPD, *Politisches Lexikon*, Art. „Menschenbild (wirkliches Menschenbild)“.

26 Vgl. *Verfassungsschutz des Landes Brandenburg, Das Feindbild verbindet: Rechtsextremisten und Islamisten*, Potsdam 2001, S. 1.

27 Pressemitteilung des Nationalen Widerstandes vom 12. Sept. 2001.

Spezifika des NPD-Antiglobalismus im Vergleich zu anderen Formationen des rechtsextremen Spektrums

Die Kritik an der Denationalisierung als Kern des NPD-Antiglobalismus kann nicht als Grundkonsens rechtsextremer Globalisierungskritik schlechthin gelten, wenn man sich ideologiegeschichtlich die regressiven Formen eines „Neoaristokratismus“ und die transgressiven Varianten eines „planetarischen Imperialismus“²⁸ vor Augen führt, wie sie Stefan Breuer in seinen Arbeiten zur extremen Rechten der Weimarer Republik herausgearbeitet hat. In der Gegenwart gerät der Ultrationalismus der NPD und anderer rechtsextremer Parteien mit dem fortentwickelten Ethnopluralismus in Konflikt, wie ihn der französische Vordenker der „Nouvelle droite“, Alain de Benoist, entfaltet hat, ein Konzept, das mit der Vorstellung koexistierender, als kulturell homogen gedachter Ethnien zur Auflösung der klassischen Nationalstaaten tendiert.

„Nouvelle droite“ wie NPD ist demgegenüber gemeinsam, dass beide ethnische Mischung für schädlich halten. Einwanderung beschwört die Gefahr des Schmelztigels herauf, in dem alles „verkocht“, „bis aus Weißen und Schwarzen ‚Graue‘ geworden sind. Diese entwurzelten und vereinsamten Einheitsmenschen sind dann wehrloser Spielball von Regierungen, Medien und Wirtschaft, weil sie keine schützende Gemeinschaft mehr bilden können.“ Eine Gesellschaft von „ethnokulturellen Kastraten“²⁹ entsteht, die „Volksgemeinschaft“ degeneriert. Dass diese Position innerhalb der deutschen extremen Rechten keineswegs unumstritten war, dürfte den NPD-Ideologen kaum bewusst sein. Einige Rechtsintellektuelle der Weimarer Rechten hielten zumindest bestimmte Formen der „Rassenmischung“ für produktiv. So vertrat Ernst Niekisch zu Beginn der dreißiger Jahre die Auffassung, das Preußentum sei durch die Mischung germanischen und slawischen Blutes entstanden. Die „preußische Rasse“ habe die von romanisch-städtisch-bürgerlichen Einflüssen unterminierte Substanz der Deutschen vom Osten her aufgefrischt.³⁰ Die Mischungsaversion der NPD lässt eine derartige „Veredelung“ nicht zu und bildet die Grundlage eines Programms

28 Stefan Breuer, *Ordnungen der Ungleichheit. Die deutsche Rechte im Widerstreit der Ideen, 1871-1945*, Darmstadt 2001, S. 40 f.

29 NPD, *Argumente*, Punkt 1.2. „Warum lehnt die NPD die multikulturelle Gesellschaft ab?“.

30 Vgl. Ernst Niekisch, *Die Entscheidung*, Berlin 1930, S. 165-167. Siehe Stefan Breuer, *Anatomie der Konservativen Revolution*, Darmstadt 1993, S. 93. Siehe auch ders., *Ordnungen (FN 7)*, S. 36-41.

ethnischer Exklusion und Rehomogenisierung.³¹ Dabei wird das deutsche Volk als germanische Ethnie angesehen, eine mythische Konstruktion, die in innerparteilichen Diskussionen offenbar kaum in Frage gestellt wird.

Der von der NPD propagierte Ethnopluralismus negiert gegen de Benoist die Möglichkeit des friedlichen Nebeneinanders verschiedener, als homogen gedachter Ethnien in einem Staatsverband, entfernt sich aber zugleich in der Theorie vom rassistisch-hierarchischen Ansatz der NS-Mehrheit.³² So hat Udo Voigt in einem Interview mit der „Jungen Freiheit“ den Imperialismus Hitlers kritisiert. Die Gemeinsamkeit zwischen großen Teilen der NPD und der Mehrheit der historischen NSDAP besteht in der Propagierung ethnisch-biologischer Homogenität. So verwundert nicht, dass der Parteivorsitzende Hitler in demselben Interview als „großen deutschen Staatsmann“³³ gewürdigt hat. Er zeichnet die Zeit des Nationalsozialismus überwiegend in hellen Tönen, die der deutschen Demokratiegründung nach 1945 dagegen schwarz in schwarz. Auch ansonsten scheuen sich führende NPD-Repräsentanten nicht vor der Verwendung nationalsozialistischer Vokabulars. Selbst das historisch in besonderer Weise kontaminierte Attribut „völkisch“ wird bemüht, etwa wenn Gansel, dessen Verbalradikalismus unter den Abgeordneten des sächsischen Landtags hervorsticht, feststellt: „In Teilen Mitteldeutschlands haben Nationalisten mit völkisch aufgeladenen Sozialthemen bereits die Meinungsführerschaft errungen“. Wenn er „die morschen Knochen der Volks- und Vaterlandsabwickler“³⁴ klappern hört, klingt im Hintergrund das alte SA-Kampflied mit. Gansel war es auch, der die Bombardierung Dresdens im Februar 1945 im Sächsischen Landtag provokativ als „Bomben-Holocaust“³⁵ bezeichnete. Die Formel ist bei der NPD bereits seit

31 Siehe dazu ausführlich: Steffen Kailitz, *Die nationalsozialistische Ideologie der NPD*, in: Uwe Backes/ Henrik Steglich (Hrsg.), *Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei*, Baden-Baden 2007, S. 337-354. Siehe auch: Uwe Backes, *Das ideologisch-programmatische Profil der NPD im europäischen Vergleich*, in: ebd., S. 301-316.

32 *Die NSDAP war keine geschlossene ideologische Einheit. Das zeigt etwa überzeugend: Frank-Lothar Kroll, Geschichtsdenken und politisches Handeln im Dritten Reich. Hitler – Rosenberg – Darré – Himmler – Goebbels*, Paderborn 1998. Die Weltanschauung Hitlers vermittelte aber vielfach eine Art Grundkonsens. Vgl. nur Barbara Zehnpfennig, *Hitlers Mein Kampf. Eine Interpretation*, München 2000; Rainer Zitelmann, *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs*, 4. Aufl., München 1998.

33 „Ziel ist, die BRD abzuwickeln“. Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt über den Wahlerfolg seiner Partei und den „Zusammenbruch des liberal-kapitalistischen Systems“, in: *Junge Freiheit* vom 24. Sept. 2004.

34 Jürgen Gansel, *Der Marsch in die Mitte des Volkes. Die Nationalisierung der sozialen Frage verändert das gesellschaftliche Klima*, in: *Deutsche Stimme*, Nr. 5/2006, S. 19.

35 Vgl. Rede des NPD-Abgeordneten Jürgen W. Gansel in der 8. Sitzung des Sächsischen Landtages am 21. Januar 2005.

längerem eingeführt.³⁶ Überdies war im „Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland“, das die NPD im Bundestagswahlkampf 2005 verbreitete, u.a. die Forderung nach einer Steuer auf „müheloses Einkommen“³⁷ enthalten – eine Formulierung, die Punkt 11 des NSDAP-Parteiprogramms von 1920 entspricht. Im „Politischen Lexikon“ beruft man sich unter dem Stichwort „Rasse“ auf den „bedeutenden Anthropologen“ Hans F. K. Günther, und damit auf einen der einflussreichsten Rassenideologen der NS-Zeit. Die demokratischen Parteien firmieren bei der NPD wie ehemals bei der NSDAP als „Volksfeinde“.³⁸

Innerparteiliche Kritiker am „Hitlerismus“ der NPD-Führung wie der Ultra-nationalist Jürgen Schwab haben der Partei den Rücken gekehrt. Schwab orientierte sich in seinen theoretischen Beiträgen zur Fundierung eines „Neuen Nationalismus“ am Staatsverständnis Carl Schmitts und des italienischen Faschismus. Der Nationalsozialismus sei „unfähig zu einem Staatsethos“, Benito Mussolini „visionärer als Adolf Hitler“ gewesen. Die Verbindung von Nationalismus und Sozialismus hätte nach Schwab ein „Exportartikel“ werden, einen Befreiungsnationalismus inspirieren können, hätte der Nationalsozialismus die nicht-germanischen Völker, vor allem die Slawen, „als Völkerrechtssubjekt“³⁹ anerkannt.

Die Kritik an der Denationalisierung als argumentativer Kern des Antiglobalismus wird heute in Deutschland von der breiten Mehrheit des sogenannten „nationalen Lagers“ geteilt. Das gilt sogar für die im Vergleich zur NPD gemäßigt erscheinenden Republikaner (REP), für die alle „Bundestagsparteien [...] die Idee der deutschen Republik als Nationalstaat der Deutschen einer globalen One-World-Vorstellung geopfert“ haben. Sie treten daher für den Austritt der Bundesrepublik aus der „undemokratischen“ EU und die Abkehr von der „Schönwetter-Währung ‚Euro‘“ ein, denn die

36 Vgl. Florian Hartleb, *Die „Deutsche Stimme“ – Das intellektuelle Sprachrohr der NPD?*, in: Backes/Steglich (Hrsg.), *Die NPD*, S. 355-382.

37 NPD-Parteivorstand, *Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland*, Kurzfassung, Berlin 2005, S. 1.

38 Siehe etwa Holger Apfel, *Volksgemeinschaft statt „kontrollierte“ Zuwanderung! Leitlinien für eine nationaldemokratische Politik*, in: *Deutsche Stimme*, Nr. 8/2005, S. 4: „vor dem volksfeindlichen Zeitgeist kapitulieren“. Vgl. dazu nur Reinhard Heydrich, *Die Bekämpfung der Staatsfeinde*, in: *Deutsche Rechtswissenschaft* 1 (1936), S. 97-100, hier 97: „Dementsprechend kennen wir Nationalsozialisten nur den Volksfeind. Er ist immer derselbe, er bleibt sich ewig gleich. Es ist der Gegner der rassischen, volklichen und geistigen Substanz unseres Volkes.“

39 Vgl. „Volksstaat gegen Weltherrschaft. Der Publizist Jürgen Schwab über sein neues Buch zum Thema „Nationalstaat oder Globalisierung“, in: *Deutsche Stimme*, Nr. 7/2002, S. 3. Siehe zu Schwabs Position: Armin Pfahl-Traughber, *Eine nationalrevolutionäre Kritik an der NPD – Der rechtsextremistische Intellektuelle Jürgen Schwab als Ideologe und Kritiker der Partei*, in: Backes/Steglich (Hrsg.), *Die NPD*, S. 383-397.

Finanz- und Wirtschaftskrise habe „die Schwächen der Euro-Globalisierung gnadenlos aufgedeckt“.⁴⁰

Ein wichtiger Unterschied der REP-Globalisierungskritik zur NPD besteht in der Berufung auf das „christliche Abendland“, das u.a. vor dem Einfluss der „islamistisch regierten Türkei“ bewahrt werden müsse. Nicht nur, dass die antiislamische Haltung der NPD weniger dezidiert erscheint als die der REP. Die NPD lehnt in ihrer Mehrheit das christliche Menschenbild ebenso ab wie das des Liberalismus und Marxismus.⁴¹ Als entschiedener Vertreter des Antichristianismus tritt das Bundesvorstandsmitglied Jürgen Rieger in Erscheinung. Er leitet die „Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft“, in der die Überlegenheit der altgermanischen Götterwelt und Kultur beschworen und das Christentum als Quelle der Dekadenz geschmäht wird. Rieger sieht Judentum und Christentum als Einheit, wenn er die „Kreuzzugsmentalität“ der „jüdisch-christlich geführten USA“ geißelt. In dieser Kritik klingen die bekannten Verschwörungstheorien über das Wirken Israels, der USA und jüdischer Lobbyisten an der „Ostküste“ an.

Solche Konstruktionen fehlen auch bei anderen Gruppierungen der extremen Rechten nicht, denkt man etwa an die Deutsche National-Zeitung der DVU. Allerdings geht das antiglobalistische Renationalisierungsprogramm der DVU anscheinend nicht so weit wie das der NPD.⁴² Während die NPD-Renationalisierung mit einer rigorosen ethnischen Rehomogenisierung verbunden ist (die NPD spricht etwa von „fremdvölkischen ‚Passdeutschen‘“⁴³), sah sich DVU-Chef Gerhard Frey während der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 veranlasst, die dunkelhäutigen, teilweise afrikanisch-stämmigen Nationalspieler David Odonkor und Gerald Asamoah in Schutz zu nehmen. Eine rechtmäßig erworbene Staatsangehörigkeit dürfte nicht mehr zurückgenommen werden.⁴⁴ Offenbar setzt die Vorstellung ethnischer Homogenität nicht unbedingt eine strenge Abstammungsgemeinschaft voraus.

40 „Raus aus dieser EU“, Erklärung auf dem Bundesparteitag der Partei Die Republikaner, Veitshöchheim, 15. März 2009.

41 Vgl. nur NPD, *Politisches Lexikon*, Art. „Menschenbild (wirkliches Menschenbild)“.

42 Vgl. auch Steffen Kailitz, *Die Deutsche Volksunion und die Republikaner: Vergleichende Betrachtungen zur Entwicklung und zum ideologischen Profil*, in: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.), *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten*, Wiesbaden 2009, S. 109-129.

43 Vgl. NPD, *Argumente*, Punkt 1.4. „Die NPD will die Ausländerrückführung. Was ist mit den Kindern gemischtethnischer Beziehungen (Mischlingen)?“.

44 Vgl. Gerhard Frey, *Wer hat Angst vor David Odonkor? Warum deutsche Staatsbürger (halb)afrikanischer Herkunft in unserer WM-Auswahl zuallerletzt als Feindbild taugen*, in: *Deutsche National-Zeitung* vom 23. Juni 2006, S. 6.

Konsequenzen für die Einschätzung des rechtsextremen Gefährdungspotentials

Die NPD nimmt mit ihrer Variante des Antiglobalismus eine Extremposition innerhalb des rechtsextremen Spektrums ein. Unter den parteiförmig organisierten Formationen steht sie der historischen NSDAP ideologisch am nächsten. Antiglobalismus bedeutet hier nicht nur Renationalisierung, sondern zugleich eine weitgehende ethnisch-biologische Rehomogenisierung, verbunden mit einem sozialrevolutionär verstandenen „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus.

Der harte Extremismus der NPD erscheint geeignet, rechtsextrem und fremdenfeindlich motivierte Gewalt zu stimulieren,⁴⁵ dürfte die politischen Wettbewerbschancen der Partei jedoch erheblich schmälern. Nicht nur dass antiglobalistische Unkenrufe, wie sie die NPD täglich ertönen lässt, auch bei der engeren Klientel Glaubwürdigkeitsprobleme produzieren, wenn sich Untergangsprophetieungen nacheinander als falsch erwiesen haben. Der NS-affine rassistisch-antisemitische Antiglobalismus der NPD schmälert die Bündnis- und Wettbewerbsfähigkeit der Partei am rechten Flügel des politischen Spektrums. Sie kann daher die günstigen sozial-ökonomischen Rahmenbedingungen und politischen „Gelegenheitsstrukturen“ der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht einmal im östlichen Deutschland effektiv nutzen, wie der Rückgang des Wählerpotenzials in den sächsischen Parteihochburgen zeigt.

Die NPD erfüllt keine der „winning formulas“, die Komparatisten für den Erfolg von Rechtsaußenparteien ermittelt haben.⁴⁶ Vor allem die Nähe zu den Erfolgsformationen der Zwischenkriegszeit, insbesondere deren Extremform, dem deutschen Nationalsozialismus, dürfte den Weg nach oben versperren. Selbst wenn die NPD es wollte, könnte sie auch bei noch so großer populistischer Wendigkeit bei Wahlen ihren dogmatisch-extremistischen Kern nicht auf Dauer verbergen. Eine Sammlungsbewegung aber lässt sich auf dieser Grundlage nicht formieren. Selbst wenn genügend politischer Raum dafür zur Verfügung stünde, würde der NPD ein Maß an Flexibilität, Integrationsbereitschaft und Kompromissfähigkeit abverlangt, das ihre (heutigen) Kräfte bei weitem überstiege.

45 Vgl. jetzt Uwe Backes/Matthias Mletzko/Jan Stoye, *NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt. Sachsen und Nordrhein-Westfalen im kontrastiven Vergleich*, München 2010.

46 Vgl. Uwe Backes, *The electoral victory of the NPD in Saxony and the prospects for future extreme-right success in German elections*, in: *Patterns of Prejudice* 40 (2006), H. 2, S. 129-141; Henrik Steglich, *Erfolgsbedingungen der extremen Rechten in Deutschland – Die Bedeutung der Wahlkampf-Themen*, in: Backes/ders. (Hrsg.), *Die NPD*, S. 55-74.

Auch aus diesem Grund übt die gemäßigte linke Globalisierungskritik derzeit weit größere Anziehungskraft aus als der kategorische Antiglobalismus der NPD. Eine zugkräftige charismatisch-populistisch auftretende Variante des Antiglobalismus ist zur Zeit in Deutschland nicht in Sicht, dürfte aber in der Zukunft die weitaus größere Gefahr für den demokratischen Verfassungsstaat in Deutschland darstellen. Von einem solchen Szenario scheinen wir allerdings derzeit weit entfernt. Der trotz aller Probleme vor allem im östlichen Deutschland insgesamt immer noch hohe Konsolidierungsstand der deutschen Demokratie ist bisher nicht nachhaltig in Frage gestellt worden.



Zwischen Provokation und „Bürgernähe“ - Die NPD und die Strategie zur Erringung der kulturellen Hegemonie

Mathias Brodkorb

Seit mehreren Jahrzehnten sind zahlreiche Rechtsextremismusforscher einer Gruppierung auf der Spur, die meist als so genannte „Neue Rechte“ bezeichnet wird. Das besonders Gefährliche an diesen Zusammenhängen ist dabei nach einhelliger Meinung die so genannte Strategie der „Metapolitik“. Im Jahr 1984 widmete die neurechte Theoriezeitschrift „Junges Forum“ diesem Themenkomplex gar eine ganze Ausgabe und ließ dabei auch den französischen Vordenker Alain de Benoist ausführlich zu Wort kommen. Dieser charakterisierte die Metapolitik als „kulturelle Macht“ (de Benoist 1984: 6) neben der herkömmlichen Politik. Schon damals kam der Franzose in diesem Zusammenhang auf die Werke des italienischen Kommunisten Antonio Gramsci zu sprechen, der sich im faschistischen Italien Jahrzehnte zuvor die Frage gestellt hatte, wie die Kommunisten in Westeuropa angesichts einer weit entwickelten, die öffentliche Meinung beherrschenden Zivilgesellschaft überhaupt die politische Macht erringen könnten. Seine Antwort: Der Eroberung der politischen Macht müsse die Erringung der kulturellen oder „zivilen Hegemonie“ (Gramsci 1991ff: 975; Heft 8, § 52) vorgeschaltet sein. Nur, wenn sich die Marxisten in der Alltagskultur der Menschen verankerten, hätten sie überhaupt eine Chance, politisch führend zu werden.



Nur ein Jahr später erschien dann in Deutschland eine Übersetzung des vielleicht berühmtesten Buches von Alain de Benoist mit dem Titel „Kulturrevolution von rechts“, der unmittelbar auf eine Formulierung Gramscis gemünzt war (siehe hierzu Gramsci 1991ff: 1038; Heft 8, § 171). Zwar widmete sich der neu-rechte Vordenker nur in einem einzigen Abschnitt des Buches ausführlich den Theorien Gramscis (siehe de Benoist 1985: 39-51), rezipierte diese jedoch in erheblichem Umfang zutreffend und machte sie damit auch der deutschen Rechten zugänglich.

Indem Gramsci den Intellektuellen eine führende Rolle bei der Herausbildung der Hegemonie einer politischen Gruppe in der Gesellschaft zusprach, legte er dabei selbst den Grundstein für eine erhebliche Fehlinterpretation innerhalb der zeitgenössischen politikwissenschaftlichen Debatte. Denn Gramsci verstand unter einem „Intellektuellen“ nicht eine Person mit herausgehobenen intellektuellen Fähigkeiten, sondern vor allem einen Menschen mit einer ganz bestimmten gesellschaftlichen Funktion: „Wenn man zwischen Intellektuellen und Nicht-Intellektuellen unterscheidet, bezieht man sich in Wirklichkeit nur auf die unmittelbare gesellschaftliche Funktion der Berufskategorie der Intellektuellen, man berücksichtigt also die Richtung, in welcher der Schwerpunkt der spezifischen beruflichen Tätigkeit liegt, ob auf der intellektuellen Ausarbeitung oder der der nervlich-muskulären Beanspruchung. Das bedeutet, daß man zwar von Intellektuellen reden kann, nicht aber von Nicht-Intellektuellen, weil es Nicht-Intellektuelle nicht gibt.“ (Gramsci 1991ff: 1531; Heft 12, § 3) Dem Geiste dieser Ausführungen folgend stellte Gramsci auch im Rahmen seiner Strategie zur Erringung der „kulturellen Hegemonie“ keinesfalls die Hoch-, sondern vielmehr die Alltagskultur in den Vordergrund: Es ging ihm nicht vordergründig um klassische Konzerte, Vorlesungen von Professoren oder theoretische Zirkelarbeit, sondern um Folklore, den Fortsetzungsroman oder andere Formen der alltagskulturellen Vermittlungsarbeit – eine Einsicht, die dem Hochkultur-Intellektuellen Alain de Benoist immerhin bewusst war, wenn er bei der Rezeption Gramscis ganz dessen „Appell an volkstümliche Gefühle“ (siehe de Benoist 1984: 7) in den Vordergrund stellte.

Indem sich nun aber Teile der Politikwissenschaft von den intellektuellen Ambitionen neu-rechter Denzirkel und Verlagsfabriken in ihren Bann ziehen ließen, ging Stück für Stück die Aufmerksamkeit für eine Gruppierung des deutschen Rechtsextremismus mit ungleich größerer politischer Bedeutung verloren, die Gramscis Strategien seit Jahren erfolgreich praktizierte, ohne ihn vermutlich ein einziges Mal gelesen zu haben. Die NPD stellt bereits seit den 1990er Jahren mit ihrem Mehrsäulen-Konzept (Schulze 2000) genau auf diesen Mechanismus ab, dass niemand aussichtsreich und auf Dauer politische Positionen innerhalb des Staates erobern kann, wenn er sich nicht zuvor des stabilen Rückhalts eines signifikanten Teils der Bevölkerung versichert hat (siehe auch Brodkorb 2003). In Verbindung mit den erweiterten Möglichkeiten, die sich der NPD infolge des Einzugs in die Landtage von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern bieten, bewegt sie sich derzeit erfolgreich wie ein Fisch im Wasser der modernen Mediendemokratie und weiß die Medien geschickt für ihre ganz eigene „Kulturrevolution von rechts“ zu instrumentalisieren.

Das Parlament als Bühne der Provokation

In der alltäglichen Arbeit des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern hat sich durch die Anwesenheit der NPD nur wenig geändert – vor allem auch deshalb, weil sie den Demokraten kaum Anstrengungen abverlangt, sich mit ihnen fachlich auseinanderzusetzen. In den Ausschüssen leistet die NPD sowohl in Schwerin als auch in Dresden nahezu keine Sacharbeit, weil sie sich nach eigenen Angaben nicht ins „Hamsterrad“ (Jürgen Gansel, zit. nach Staud 2006: 127) der parlamentarischen Niederungen begeben will. Diese Strategie der grundsätzlichen Arbeitsverweigerung in den Ausschüssen folgt somit einem rein instrumentalistischen Verhältnis zum Parlamentarismus: Die parlamentarische Arbeit wird nicht als Möglichkeit zur Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern vielmehr als Informationsquelle und Möglichkeit der medialen Selbstinszenierung begriffen. Da die Sitzungen der Ausschüsse in der Regel nichtöffentlich und folglich ohne Presse stattfinden, sieht sich die NPD hier folglich auch nicht zur Mitarbeit veranlasst.

In den Landtagssitzungen ist dies aufgrund der hergestellten Öffentlichkeit in der Regel völlig anders. Auffälligster Indikator für die mediale Instrumentalisierung des Parlaments durch die NPD-Landtagsfraktion sind die Ordnungsmaßnahmen des Landtagspräsidiums.

	Ordnungsrufe	Verlust des Rederechts	Ausschluss von der Sitzung
Udo Pastörs	118	11	7
Stefan Köster	62	4	2
Raimund Borrmann	59	2	2
Tino Müller	22	4	6
Michael Andrejewski	20	-	2
Birger Lüssow	2	-	-
NPD-Fraktion gesamt	283	21	19
Demokratische Abgeordnete	38	-	-
Gesamt	321	21	19

Neben gewöhnlichen Ordnungsrufen bei sprachlichen Entgleisungen gehören der Entzug des Rederechts sowie der Ausschluss von der Sitzung zu den in der Geschäftsordnung des Landtages verankerten Disziplinierungsmitteln. Wenn die NPD tatsächlich in irgendeiner Sache die führende Kraft in Mecklenburg-Vorpommern ist, dann beim Aufsichziehen von Ordnungsmaßnahmen im Parlament. Nach einem einzigen Jahr steht es allein bei den Ordnungsrufen 283:38 für die NPD. Hierbei hat der Fraktionsvorsitzende Udo Pastörs mit 118 Ordnungsrufen unangefochten den Spitzenplatz inne. Hinzu kommt sieben Mal der Ausschluss von der Sitzung und elf Mal der Verlust des Rederechts.¹

Das Informationsblatt der NPD-Fraktion trägt denn auch nicht ohne Grund den verhöhnenden Titel „Der Ordnungsruf“. Gründe für Ordnungsrufe sind bei der NPD nicht nur Beleidigungen oder sprachliche Entgleisungen. Häufig handelt es sich auch um Angriffe auf das Wertefundament der deutschen Nachkriegsordnung und damit um eine bewusste Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus. Dabei wird nicht mehr nach altrechter revisionistischer Manier versucht, die Verbrechen des Nationalsozialismus direkt zu leugnen und auf diese Weise eine symbolische Reinwaschung der Täter von ihrer Schuld zu erwirken. Der Revisionismus der NPD ist subtiler geworden. Er funktioniert heute geradezu subversiv, indem den Alliierten während des Zweiten Weltkriegs mindestens dasselbe Ausmaß an Grausamkeit unterstellt wird wie dem nationalsozialistischen Deutschland. Als beispielgebend kann in diesem Zusammenhang eine Rede des sächsischen NPD-Abgeordneten Jürgen Gansel gelten, in der er die Bombardierung Dresdens in genanntem Sinne als „Bombenholocaust“ bezeichnet hat. Die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands soll also nicht durch direkte Verharmlosung salonfähig gemacht, sondern umgekehrt durch die Skandalisierung der „Verbrechen“ der Alliierten verharmlost werden.

„Die Hauptsache ist, daß sie uns erwähnen.“

Der NPD sind Polit-Skandale einer bestimmten Art keinesfalls peinlich oder unangenehm. Denn eine Reihe vermeintlicher oder tatsächlicher Skandale garantieren der NPD maximale Medienaufmerksamkeit und somit die Möglichkeit, sich gesellschaftlich zum Thema zu machen. Vor allem hieraus erklärt sich der Eifer der NPD-Abgeordneten, im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern regelmäßig Ordnungsrufe oder gar Sitzungsausschlüsse zu provozieren.

¹ Stand 07. Dezember 2009, siehe für aktuellere Angaben: http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&layout=item&id=27&Itemid=476

Die Strategie der Provokation im Sinne einer medialen Grenzüberschreitung ist dabei keinesfalls neu. Bereits die Nationalsozialisten, insbesondere Joseph Goebbels und Adolf Hitler, hatten sehr früh die Funktionsmechanismen einer im Entstehen begriffenen Mediendemokratie verstanden. Hitler bemerkte z.B. in „Mein Kampf“, dass es besser sei, im Zusammenhang mit Skandalen Erwähnung zu finden als gar nicht: „Artikel über Artikel, in denen unser Verbrechen erläutert und immer wieder aufs neue bewiesen wurde, Skandalgeschichten, wenn auch von A bis Z aus den Fingern gezogen, sollten dann noch ein übriges tun. (...) im Grunde genommen half dies alles ja nur mit, die allgemeine Aufmerksamkeit erst recht auf uns zu konzentrieren. Ich habe damals den Standpunkt eingenommen: Ganz gleich, ob sie über uns lachen oder schimpfen, ob sie uns als Hanswurst oder als Verbrecher hinstellen; die Hauptsache ist, daß sie uns erwähnen, daß sie sich immer wieder mit uns beschäftigen, und daß wir allmählich in den Augen der Arbeiter selber wirklich als die Macht erscheinen, mit der zur Zeit allein noch eine Auseinandersetzung stattfindet. Was wir wirklich sind und was wir wirklich wollen, das werden wir eines schönen Tages der jüdischen Pressemeute schon zeigen.“ (Hitler 1934: 543f)

Ganz offenkundig folgt auch die NPD einer ähnlichen Logik. Skandale im Sinne diskursiver Tabubrüche sind für die so genannten Nationaldemokraten ein geeignetes Mittel, ihr Wahlergebnis im Sinne einer überproportionalen Platzierung in der Medienlandschaft zu vervielfachen. Sie wollen auf diese Weise die „Schweigespirale der Medien“ (Pastörs zit. nach Szymanski 2008: 9) durchbrechen, wie Holger Szymanski den Fraktionsvorsitzenden der NPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern wiedergibt. Am 11. Januar 2008 hatten sich beide Landtagsfraktionen in Dresden zum zweiten Mal versammelt, um „konkrete Absprachen für künftige Vorhaben“ (ebd.) zu tätigen. Hierzu gehörte offenbar auch zu diskutieren, wie die Medien zur Berichterstattung gezwungen werden können: Die Eklats und Skandale müssen nur so groß sein, dass sie für die Medien zu unhintergehbaren Ereignissen werden.

Ein mustergütiges Beispiel für eine solche Provokation lieferte die NPD-Landtagsfraktion am 30. Januar 2008. Unmittelbar vor der 33. Landtagssitzung hatte die Präsidentin eine Gedenkminute anlässlich des Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz angesetzt. Doch die NPD-Abgeordneten verweigerten sich dieser Geste der Ehrbezeugung, blieben auf ihren Plätzen sitzen und schwatzten gar fröhlich während der Gedenkminute. Anschließend schwappten die Pressewogen wieder einmal durch die ganze Bundesrepublik. Auch einige Bundespolitiker meinten prompt, sich ohne Kenntnis der konkreten Vorkommnisse zu diesem Vorgang wertend äußern zu müssen, vermutlich um die Gunst der Stunde für

eine persönliche Profilierung zu nutzen. Die NPD jedenfalls hatte unter ungewollter Beteiligung von Politik und Presse ihr Ziel erreicht: Sie bestimmte am Folgetag und noch etwas länger den öffentlichen Raum.

Populismus und Doppelstrategie

Die NPD hat ein Gespür für Tabubrüche und weiß also, wann und wie sie die Öffentlichkeit zur empörten Weißglut treiben kann. Ruhig und gelassen werden in den Parlamenten die rhetorischen Nadelstiche der Rechtsextremisten vom Blatt abgelesen. Die NPD verfolgt mit Provokationen daher zwei Strategien: Sie will einerseits ihren eigenen radikalen Anhängern signalisieren, dass man es ernst meint mit dem Kampf gegen das „System“, sich nicht korrumpieren lässt und den „Bonzen“ mal so richtig „die Meinung geigt“. Und sie will andererseits Spuren in der Medienlandschaft hinterlassen, um ihr Wählerklientel zu erreichen. Die permanente Berichterstattung über die Tabubrüche der NPD vor allem in den regionalen Medien, und sei sie auch „skandalisierend“ angelegt, kann somit letztlich sogar einen nicht beabsichtigten Beitrag zur Stärkung der NPD selbst darstellen, da auf diese Weise über sie mehr berichtet wird, als es ihr Wahlergebnis rechtfertigen könnte. Die NPD spielt derzeit virtuos auf der Klaviatur der Pawlowschen Reflexe der deutschen Öffentlichkeit.

Etwa 20 % der Bevölkerung sind deutschlandweit durch populistische Politikmodelle von rechts oder links ansprechbar. Der fulminante Wahlerfolg der Schill-Partei im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf des Jahres 2001 ist hierfür ein eindrücklicher Beleg. Der NPD geht es vorerst keinesfalls um die Eroberung der Mehrheitsgesellschaft. Sie sucht vielmehr nach einer strategischen Option zur dauerhaften Verankerung in den bundesdeutschen Parlamenten. Das populismus-affine Wählerklientel ist hierfür zunächst völlig ausreichend. Zur Mehrheitspartei will die NPD erst von dieser gesicherten Basis aus werden.

Die strukturelle Basis der Skandalisierung

Insbesondere für bildungsferne Schichten sind Fernsehen und BILD noch immer die Hauptquellen politischer Bildung. Mit der Etablierung des Privatfernsehens in den 1980er Jahren hat sich jedoch ein politischer Strukturwandel der Öffentlichkeit vollzogen, der populistischen Parteien von links wie rechts in erheblichem Maße den Humus bereitet.

Um die Ware „Information“ profitabel an den Mann oder die Frau zu bringen, konzentrieren sich Zeitungen wie Fernsehsender zunehmend darauf, genau diejenigen Meldungen zu produzieren, die den besten Absatz garantieren. Und umfangreiche, nüchterne, sachliche Berichterstattungen über komplizierte Vorgänge in der parlamentarischen Demokratie gehören hierzu in der Regel nicht. Stattdessen wird über „Skandale“ geschrieben – und notfalls werden diese auch herbeikonstruiert, um die Erwartungshaltung der Leserinnen und Leser zu bedienen. Ein Moment dieser Strategie besteht darin, die Mechanismen und Akteure der parlamentarischen Demokratie sowie der Verwaltung als unfähig und korrupt zu zeichnen. Seit Jahren verstärkt sich in der Medienlandschaft die Tendenz, kontroverse Diskussionen über Lösungswege, die in einer parlamentarischen Demokratie selbstverständlich sein sollten, als „Streit“ und „Zerrissenheit“ der etablierten Politik zu skandalisieren. Anstatt diese Prozesse nüchtern zu begleiten, werden Diskussionen als Mangel an Führungsstärke und Entschlossenheit beschrieben. Auch dies trägt dazu bei, dass das Vertrauen der Menschen in die Institutionen der parlamentarischen Demokratie und des Rechtsstaates geringer wird. Gleichzeitig stärkt es ungewollt jene Kräfte, die an diese Kritik bewusst anknüpfen und mit populistischen Politikangeboten um Zustimmung in der Bevölkerung werben – also auch die NPD.

Kinderfeste überall? Die NPD als „Robin Hood von rechts“

Ein hilfloser und vor allem sogar kontraproduktiver Versuch der Medien, diese Prozesse mit Blick auf die NPD zu kompensieren, stellt die regelmäßig skandalisierende Berichterstattung über soziale Aktivitäten der Rechtsextremisten dar. Gezielt veranstalten sie gemäß einer alltagskulturell orientierten Strategie Kinder- und Sportfeste, organisieren Bürgerinitiativen für kommunale Belange oder produzieren Musik-CD's. Die Berichterstattung in den lokalen und überregionalen Medien folgt dann stets auf dem Fuße. Freilich, die dahinter stehende journalistische Absicht ist ehrenwert: Es soll aufgeklärt werden über die geschickten Methoden der Rechtsextremisten, über ihren Versuch, bereits bei den Kleinsten kulturell Fuß zu fassen. Das Problem ist nur: Diese Botschaft kommt beim potenziellen Wählerklientel der NPD nicht an. Stattdessen produzieren kritische Medien auf diese Weise ungewollt das Image eines „Robin Hood von rechts“. Die NPD erscheint so vielfach als die einzige der Parteien, die sich um die Belange des kleinen Mannes kümmert. Ein einziges jährliches Kinderfest in einem großen Bundesland reicht dann dank der einsetzenden Berichterstattung aus, um diesen Mythos zu günstigen Konditionen aufrecht zu erhalten.

Fast wäre es überflüssig darauf hinzuweisen, dass alle anderen Parteien allerorten selbstverständlich ganz ähnliche Veranstaltungen durchführen. Auf die Titelseite haben es damit bisher allerdings die wenigsten geschafft. Man kann sich – zugegeben – auch kaum vorstellen, worin eigentlich die Aufsehen erregende Botschaft eines Leitartikels bestehen soll, der sich ausführlich dem Kinderfest der örtlichen SPD oder CDU widmet. Sobald die NPD hingegen eine solche Veranstaltung durchführt, ist die Gegenwart der Fernsehkameras unvermeidlich. Es haftet ihr eben – mit Recht – etwas Hinterlistiges und deshalb Anstößiges an. Und dies erscheint bei all’ der Konkurrenz im Mediengeschäft dann als etwas Unhintergebares. In Wahrheit jedoch wird hier nur das Stück gespielt, zu dem die NPD zuvor die Notenblätter auf dem Klavier platziert hat.

Eine sinnvolle journalistische Antwort auf die Erfolge der NPD und anderer populistischer Parteien besteht folglich darin, vor allem die Art und Weise der Berichterstattung über das parlamentarisch-demokratische System sowie den Rechtsstaat selbst zu hinterfragen. Es macht eben einen Unterschied, ob sich öffentliche und private Medien dem vor allem kommerziell verursachten „Skandalisierungsdruck“ beugen und so selbst ungewollt einen Beitrag dazu leisten, populistischen Kräften den Nährboden zu bereiten – oder ob sie sachlich, nüchtern, fundiert, kritisch über Akteure und Strukturen parlamentarischer Demokratie berichten. Eine Entskandalisierung der Berichterstattung über den politischen Alltag unseres Landes könnte so einen großen Beitrag leisten, Parteien wie der NPD wieder Stück für Stück den mentalen Humus zu entziehen. Wir tun gerade dadurch am meisten gegen die NPD, indem wir unsere manische Fixierung auf diese Partei im Sinne einer Gegenidentität abschütteln und uns alle kritischer, aber auch unaufgeregter mit uns selbst und unserer Rolle im Ganzen beschäftigen.

Literatur:

de Benoist, Alain (1984): Was ist die Neue Rechte?, in: Junges Forum 1-2/1984, S. 5-14
- ders. (1985): Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite, Krefeld

Brodkorb, Mathias (2003): Metamorphosen von Rechts, Münster

Brodkorb, Mathias/Schlotmann, Volker (Hrsg.): Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Banzkow 2008 sowie das kostenlose Informationsangebot unter <http://www.endstation-rechts.de>.

Gramsci, Antonio (1991ff): Gefängnishefte, Berlin-Hamburg

Hitler, Adolf (1934): Mein Kampf, München

Landtag M-V (2007a): Plenarprotokoll zur 11. Landtagssitzung, 5. Wahlperiode, Schwerin

- ders. (2007b): Plenarprotokoll zur 16. Landtagssitzung, 5. Wahlperiode, Schwerin

Schulze, Christoph (2009): Das Viersäulenkonzept der NPD, in: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten, Wiesbaden, S. 92-108

Staud, Toralf (2006): Moderne Nazis, Bonn

Szymanski, Holger (2008): Parlamentarischer Jahresauftakt der Nationaldemokraten, in: Deutsche Stimme, Februar 2008, Riesa, S. 9



Dem Rechtsextremismus entgegentreten

Maren Brandenburger

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Über Grenzen und Möglichkeiten von wirksamen Strategien gegen den Rechtsextremismus ist in den vergangenen Jahren nahezu genauso kontrovers gestritten worden wie über die komplexen Ursachen rechtsextremistischer Denkweisen. Ich möchte Ihnen heute ein kurzes Schlaglicht geben über unsere Erfahrungen aus der Präventionsarbeit. Lassen Sie mich mit einer provokativen Frage beginnen: Gibt es überhaupt wirksame Gegenstrategien?



Stoßen wir nicht in all unserem Bemühen um Prävention an eben die Grenzen rechtsextremistischer Einstellungsmuster, die in den Fachvorträgen heute skizziert wurden. Gibt es überhaupt Erfolg versprechende Maßnahmen, die verhindern könnten, dass rechtsextremistische Gruppierungen immer mehr Zulauf erhalten? Gibt es überhaupt nachhaltige präventive Ansätze, die verhindern, dass junge Menschen sich verführen lassen von fremdenfeindlichen und menschenverachtenden Botschaften? Was kann eine Gesellschaft bewirken gegen rassistisches, nationalistisches, chauvinistisches und vorurteilsbeladenes Denken, das eben nicht nur ein reines „Jugendproblem“ ist?

Einige Sozialwissenschaftler vertreten die Auffassung, und ich halte sie für durchaus plausibel, dass es in unserer Gesellschaft immer einen Bodensatz fremdenfeindlicher und ausgrenzender Denkweisen geben wird. Vorurteilsstrukturen sind eben so alt wie die Menschheit selbst. Wenn wir die Frage nach Gegenstrategien also vor diesem Blickwinkel stellten, so könnten wir reichlich desillusioniert die Hände in den Schoß legen und den Rechtsextremismus lediglich beobachtend begleiten. Dann könnten Sicherheitsbehörden sich auf ihre repressiven Aufgaben beschränken, dann könnte der Verfassungsschutz sich auf die Analyse des Problems reduzieren lassen.

Und dennoch, meine Damen und Herren, vielleicht gerade, weil es keinen Königsweg in der Prävention gegen Rechtsextremismus gibt, beteiligen wir uns als Verfassungsschutzbehörde an der schwierigen, sicherlich manches Mal auch frustrierenden Aufgabe der Prävention.

Unser Präventionskonzept ist über die vergangenen Jahre bausteinartig ausgeweitet worden, quasi als Reaktion auf den Informationsbedarf, der an uns herangetragen wurde:

- Neue Wanderausstellung „Unsere Demokratie schützen – Verfassungsschutz gegen Rechtsextremismus“
- Fortlaufende zielgruppenorientierte Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen
- Zentrale niedersachsenweite Lehrerfortbildung in Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium und der Landesschulbehörde
- Entwicklung von Unterrichtsmaterialien: Multiplikatoren-CD zum Rechtsextremismus und Informationsbroschüre „Rechtsextremistische Skinheads – Neonazistische Kameradschaften“
- Enge Kooperation mit dem Niedersächsischen Landespräventionsrat - Mitgliedschaft im Fachbeirat der „Clearingstelle Rechtsextremismus“
- Beratung der Kommunen im Umgang mit Rechtsextremismus und durch den „Immobilienbeauftragten“
- In Planung: Demokratie-Lotsen

Wie hoch der Bedarf an Aufklärung und Information über den Rechtsextremismus ist, zeigt nicht nur die hohe Nachfrage an Diskussions- und Vortragsveranstaltungen insbesondere an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen (etwa 100 im vergangenen Jahr), auch die Nachfrage nach unserer Ausstellung ist immens hoch. (Insgesamt 45 Standorte und 26.000 geführte Besucher)

Ich möchte hier aber nicht für unsere Präventionsangebote werben, sondern vielmehr einige Überlegungen anstellen, die ein Um- oder Weiterdenken in der Präventionsarbeit aufzeigen könnten. Unsere Diskussionsveranstaltungen mit Schülern, Eltern, Lehrern, Multiplikatoren der Jugendarbeit, führen uns immer wieder an den Punkt, dass die bloße Information über den Rechtsextremismus nicht ausreicht, um wirklich an die Menschen heranzukommen. Dies kann nur ein erster Schritt sein. Bei Jugendlichen aber auch bei Erwachsenen stolpern wir förmlich über eben die Einstellungsmuster, die heute Vormittag skizziert wurden. Die für sich genommen noch nicht rechtsextremistisch sind, aber eben diesen gefährlichen Schwingböden bilden, auf dem Rechtsextremisten dann ihre Propaganda zum klingen bringen können.

Wenn wir die Besucher der Ausstellung oder unsere Zuhörer bei Veranstaltungen mit Liedtexten konfrontieren, die in schlimmster Weise gegen Minderheiten und Randgruppen hetzen, wenn wir ihnen den menschenverachtenden Hass der Rechtsextremisten vor Augen halten, so sind sich schnell

alle einig. Die konkrete Konfrontation löst fast reflexhaft die Verständigung auf demokratische Werte aus. Aber wie nachhaltig ist das? Wie gehen wir damit um, wenn ein Lehrer zwar glaubhaft diese menschenverachtenden Parolen pädagogisch bekämpfen will, aber im Gespräch mit uns den ethno-pluralistischen Ansatz als „irgendwie ja nicht falsch“ bezeichnet.

Meine Damen und Herren, es geht letztlich um die grundlegenden Werte der Toleranz und des Respekts, aber auch um die Gefahren und Folgewirkungen von latenten oder sogar manifesten Vorurteilsstrukturen. Vorurteilsstrukturen, auf die Rechtsextremisten fortwährend appellieren, die gleichsam den Boden für fremdenfeindliche und rassistische Botschaften darstellen. In unseren Veranstaltungen mit Jugendlichen begegnen uns allzu häufig vorurteilsbehaftete Denkweisen bei jungen Menschen, die gewiss keine Rechtsextremisten sind. Sogar junge Menschen, die aus voller Überzeugung diese menschenverachtenden Hassbotschaften ablehnen und sich empört über die schlimmen Liedtexte der rechtsextremistischen Musik äußern, lassen bei näherer Betrachtung zumindest eine latente Zustimmung zu den hinter der Fremdenfeindlichkeit liegenden Grundmustern erkennen. Bei der Frage der Wertigkeit eines Menschen z.B. wird zwar das Schwarz-Weiß-Bild der Rechtsextremisten abgelehnt, die nach Herkunft ungleiche Zuweisung von unterschiedlichen sozialen, teilhabenden Rechten an der Gesellschaft jedoch befürwortet. Ganz nach dem Muster „Na, die sind ja doch auch fremd hier, die kommen ja auch als Gäste hierher, da habe ich als Einheimischer doch angestammte Rechte!“ Auch sozialdarwinistische Grundmuster sind wiederkehrende Haltungen bei vielen Jugendlichen. Dem Stärkeren müsse schließlich wie in der Natur das Recht gebühren, einen gewichtigeren Platz in der Gesellschaft einzunehmen. Verbunden damit werden Minderheitenrechte ambivalent beurteilt. Ein häufiges Denkmuster ist „Der Staat muss doch keine Politik für Minderheiten machen. In der Demokratie herrscht doch schließlich die Mehrheit.“

Was also können unsere Aufklärungsmaßnahmen wie die landesweite Multiplikatorenfortbildung, Schulveranstaltungen, Fachvorträge oder die Wanderausstellung leisten? Was kann Aufklärung eigentlich leisten? Wie messbar sind diese präventiven Maßnahmen oder deutlicher noch: Sind wir eigentlich erfolgreich bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus? Messbare Kriterien hierfür gibt es sicherlich nicht. Rechtsextremistische Einstellungen werden wir sicherlich auch nicht flächendeckend bekämpfen können. Was wir aber zumindest in Teilen abwehren können, ist die Ansprechbarkeit für fremdenfeindliche und menschenfeindliche Haltungen und die Verführbarkeit durch Vorurteile. Und das sind die grundlegenden Haltungen, denen wir im Rahmen unserer Diskussionsveranstaltungen mit Jugendlichen, aber auch mit Multiplikatoren immer wieder begegnen. Es geht um

so wichtige Dinge wie Toleranz, Vorurteile, Respekt und die grundlegende Frage, wie wir in unserer Gesellschaft eigentlich miteinander umgehen.

Dies alles, meine Damen und Herren, zeigt nur zu deutlich, dass wir in unseren Präventionsbemühungen weit hinter die Fassade der offenen Fremdenfeindlichkeit zu schauen haben. Wir müssen uns stärker damit auseinandersetzen: mit dem Vorurteilsdenken gegenüber Minderheiten, der Überzeugung, dass es Etabliertenvorrechte geben müsse, dass dem Stärkeren ein gewichtigerer Platz gebührt. Einstellungen im übrigen, die Kindern und Jugendlichen ja nicht einfach in den Schoß fallen, sondern die im sozialen Nahfeld und in der Familie vorgelebt werden.

Innerhalb moderner pluralistischer Gesellschaften leben Menschen unterschiedlicher Herkunftskulturen und Religionen Tür an Tür, stoßen täglich verschiedene, teilweise sich widersprechende Werte und Lebensentwürfe aufeinander. Wir haben es heute früh gehört: „Das Individuum ist nur eine von vielen Möglichkeiten des Menschseins“. Die Frage, wie in solchen Gesellschaften ein friedfertiges Miteinander möglich ist, gilt es zu diskutieren. Auch im Rahmen unserer Veranstaltungen.

Lassen Sie mich einige Schlussfolgerungen ziehen:

- Prävention muss immer auch diese Werthaltungen mitdenken, Aufklärung über den Rechtsextremismus muss immer auch eine Wertediskussion darstellen. Eine Vergewisserung über das Fundament unseres Gemeinwesens, das eben keinen Raum bieten darf für Ausgrenzung und Menschenfeindlichkeit. Für die Vorträge bedeutet dies, dass es nicht eben einfacher wird. Aber möglicherweise erfolgreicher...
- Der Begriff der Toleranz, der in vielen Präventionsprojekten mit-schwingt, ist lückenhaft. Er bedeutet Duldung, Ertragen und Hinnehmen. Das genügt nicht. Wir müssen den Jugendlichen wieder Respekt und Anerkennung zuteil werden lassen.
- „Ignorieren hilft nicht“. Nur die Konfrontative Auseinandersetzung mit den Inhalten führt weiter. Die Demokratie mit ihren Grundpfeilern Gleichheit, Universalität der Menschenrechte hat die besseren Argumente. Aber: Wir müssen bei der Prävention mitdenken, dass Jugendliche z.B. im Rechtsextremismus die Nestwärme und Solidarität erfahren, die unsere Gesellschaft teilweise nicht im Stande ist zu bieten. (Stichwort „Volksgemeinschaft“)

- Wir müssen weiter den Spagat leisten zwischen „Keine-Bühne-bieten“ und „mit-Argumenten-widerlegen“. Gerade mit Blick auf Pressearbeit eine schwierige Gratwanderung. Aber auch bei der Frage, ob wir auch öffentlich mit Rechtsextremisten diskutieren...
- Eine nachhaltige Prävention kann nur über die Ressorts hinweg erfolgreich sein, über eine Vernetzung aller an der Prävention Beteiligten, über regionale Projekte, als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der Verfassungsschutz wird hierbei weiterhin einen wichtigen Part in der Aufklärung übernehmen.

Hinweise zu den Autorinnen und Autoren

Uwe Schünemann

Niedersächsischer Minister für Inneres und Sport

Prof. Dr. Uwe Backes

Stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden; Forschungsschwerpunkte: Demokratietheorie, Ideologieggeschichte, vergleichende Extremismus- und Autokratieforschung. Hrsg. des Jahrbuchs Extremismus & Demokratie (zusammen mit Eckhard Jesse).

Maren Brandenburger

Politologin, Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Pressesprecherin der Verfassungsschutzbehörde.

Mathias Brodtkorb

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.

Sprecher für Hochschulpolitik und politische Bildung der SPD-Landtagsfraktion.

Hrsg. Provokation als Prinzip - Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.

Prof. Dr. Christoph Butterwegge

Professur für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln; Mitglied der Forschungsstelle für interkulturelle Studien. Zahlreiche Veröffentlichungen zum Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Sozialstaat und zur Globalisierung.

Dr. Oliver Decker

Diplompsychologe, Medizinische Psychologie u. Medizinische Fakultät der Universität Leipzig, Mitglied im Fakultätsrat der Medizinischen Fakultät, Universität Leipzig.

Hrsg. der Studien zu rechtsextremen Einstellungen: „Vom Rand zur Mitte“ (2006) und „Bewegung in der Mitte“ (2008).

Wolfgang Freter

Politologe, Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Leiter Fachbereich Rechtsextremismus der Verfassungsschutzbehörde.



von links nach rechts: Uwe Schünemann, Niedersächsischer Minister für Inneres und Sport; Wolfgang Freter, Niedersächsischer Verfassungsschutz; Prof. Dr. Uwe Backes, Universität Dresden; Dr. Oliver Decker, Universität Leipzig; Maren Brandenburger, Niedersächsischer Verfassungsschutz; Günter Heiß, Niedersächsischer Verfassungsschutz; Mathias Brodkorb, Abgeordneter des Landtages Mecklenburg-Vorpommern.

Herausgeber:
Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
Niedersächsische Extremismus-
Informations-Stelle - NEIS
- Verfassungsschutz -
Postfach 44 20
30044 Hannover
Telefon: 0511 / 6709-217
Telefax: 0511 / 6709-380
E-Mail: [oeffentlichkeitsarbeit@
abt6.mi.niedersachsen.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@abt6.mi.niedersachsen.de)